:antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 22.5.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Köln. Lediglich rund 200 Anhänger(innen) der rassistischen Gruppen „pro Köln" und „pro NRW", deren Führungspersonal allerdings in weiten Teilen ohnehin aus den gleichen Menschen besteht, waren der aufwändigen Werbung gefolgt und wollten an der großspurig „Antiislamisierungskongress" genannten Kundgebung auf dem Barmer Platz teilnehmen.


Mehr waren es nicht!

Foto: MP

Pro Köln blamiert – Nur massiver Polizeischutz ermöglichte kleine Rassistenkundgebung

In der Propaganda der Rassist(inn)en war vorher immer von 2.000 Teilnehmern die Rede gewesen, eine Zahl, die als völlig aus der Luft gegriffen erscheint. Und auch die 200 Unermüdlichen hatten, abgesehen vom Wetter, keinen schönen Tag: Ihr rundum vergitterter Kundgebungsplatz, im Niemandsland zwischen einem Messeparkplatz und dem Deutzer Bahnhof gelegen, war ringsum von Tausenden Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet abgesperrt. Die Reden ihrer Anführer gingen in einem Pfeifkonzert, „Nazis Raus"-Sprechchören und Spottrufen von einigen Dutzend Demonstrant(inn)en unter, die bis auf bzw. an den Rand des Platzes gekommen waren. Insofern ist es durchaus nachvollziehbar, dass das lächerliche Spektakel nach knapp drei Stunden von den Veranstaltern beendet wurde. Schon zum zweiten Mal hatten Rouhs, Beisicht und die anderen selbsternannten „Antiislamisten" mit ihrem „Kongress" ein Eigentor geschossen. Fiel dieser im vergangenen Jahr nach massenhaften Protesten ganz aus, wurde er am 9. Mai zur Lachnummer.

Bereits seit dem frühen Morgen waren viele Menschen unterwegs, um, dem Aufruf des „Bündnis' gegen pro Köln/pro NRW" folgend, auf den Platz zu gelangen. Sie wollten dort ihren Protest deutlich machen und die Veranstaltung abpfeifen. Obwohl die Polizeiführung seit Wochen deutlich gemacht hatte, dass es sich bei dem braunen Aufmarsch um eine öffentliche Veranstaltung handele, deren Veranstalter auch Proteste der Teilnehmer(innen) in einem gewissen Rahmen ertragen müssten, ließ sie, von den Veranstaltern und deren Freunden, die von Beamt(inn)en auf den Platz eskortiert wurden, mal abgesehen, nur wenige, in ihren Augen harmlos wirkende, Menschen auf die Kundgebungsfläche. Alle anderen mussten draußen bleiben. Selbst diejenigen, die aus Richtung Deutz zu einer von der Kölner DKP angemeldeten (und polizeilich bestätigten) Kundgebung an der Osthalle der Messe wollten, mussten zum größten Teil unverrichteter Dinge abziehen. Auch sie wurden, wie bereits früh am Morgen der Lautsprecherwagen der Kundgebung, von grimmig aussehenden Grünuniformierten, abgewiesen. 5.600 Polizist(inn)en waren aufgeboten worden, um die Hetzveranstaltung von pro Köln möglich zu machen.

Aber auch dieses Großaufgebot der Staatsmacht, das sogar mit Wasserwerfern und Räumpanzern ausgerüstet war, nützte letztendlich wenig. Tausende Kölner(innen) unterschiedlicher Herkunft, Religion und politischer Überzeugung waren sich in einer Sache einig: Für rassistische Hetze der „Bürgerbewegung" ist in Köln kein Platz! Das machten sie in einer Demonstration von „Köln stellt sich quer!" genauso deutlich, wie mit lautstarkem Protest auf und um den Barmer Platz. Und ohne die Beamt(inn)en, die die Neofaschisten schützen mussten, hätten sie denen das auch direkt klargemacht und sie dorthin geschickt, wo der Pfeffer wächst.

Als erstes Fazit bleibt festzuhalten: Es ist auch unter widrigen Umständen, d.h. auch wenn die Polizei fest entschlossen ist, das Demonstrationsrecht selbst für diejenigen durchzusetzen, die öffentlich rassistischen Ungeist und Hetze predigen, möglich, pro Köln enge Grenzen zu setzen. Ohne die vielfältigen Aktivitäten, zu denen auch und vor allem die Aktion „Aufgestanden, hingegangen, abgepfiffen!" zählte, wäre der „Kongress" kein solch grandioser Misserfolg gewesen. Jetzt gilt es, diesen Sieg der Antifaschist(inn)en in den Kommunalwahlen auszubauen und pro Köln so zu schwächen, dass sie im Herbst am besten gar nicht mehr im Stadtrat vertreten sind. Das bedarf noch großer Anstrengungen, ist nach dem 9. Mai aber durchaus möglich.

Und nicht zuletzt: Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen einen Aktivisten des „Bündnisses gegen pro Köln/pro NRW" müssen sofort eingestellt werden. *tri* ■

Inhalt:

Nazi-Aktivitäten am 8. Mai

NRW. Der diesjährige Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus provozierte Neonazis in mehreren NRW-Städten zu Aktionen. In Dortmund führten – nach Angaben des „Nationalen Widerstand Dortmund“ – etwa 20 Neonazis ein „Heldengedenken“ für die „deutschen Gefallenen des 2. Weltkrieges“ durch. Die Polizei, die mit einer Hundertschaft anrückte, kontrollierte die Neonazis. Bereits am Nachmittag des Tages hatten diese Säuberungsaktionen an Ehrenmälern in Dortmund durchgeführt. Die „Freien Nationalisten Siegerland“ tönten in einer Stellungnahme zum Tage der Befreiung: „Es war keine „Befreiung“, es war die Besetzung eines ausgebrannten und zerstörten Landes“. Die alliierten Siegermächte hätten ein „willenloses Volk“ geschaffen und den Deutschen die Freiheit geraubt. Dagegen rufe man zum „aktiven Widerstand“ auf.

In Haltern am See, wo gerade die Ausstellung über die Varusschlacht vor 2000 Jahren eröffnet wurde, wollen etwa 40 „Nationale Sozialisten“ mit einem Fackelmarsch zur „Heldengedenkfeier“ marschiert sein. Umrahmt mit Reichsfahnen gedachte man den „Opfern des Terrors der Besatzungsmächte“, so der „Nationale Widerstand Haltern“.

In Ahlen führten rund 30 Neonazis eine Mahnwache vor dem Kriegerdenkmal auf dem Marktplatz durch. Unterstützt wurde diese Aktion von der „Kameradschaft Hamm“, „Kameraden aus Oelde“ und dem „Nationalen Widerstand Unna“, meldeten die „Autonomen Nationalisten Ahlen“. Zuvor hatten sieben „pflichtbewusste Nationalisten“ der „Kameradschaft Hamm“ am Kriegerdenkmal in der Hammer Ostenallee Blumen niedergelegt.

In Bergheim-Niederaußem führten sechs Anhänger der „Freien Kräfte Köln“, darunter Axel Reitz und Paul Breuer, ein „Heldengedenken“ am dortigen Kriegerdenkmal durch. Anwohner riefen die Polizei, die aber lediglich die Personalien der anwesenden „National-Sozialisten“ feststellte, die mit schwarzen Fahnen einen „Tag der Ehre“ beginngen.

Eine Flugblattaktion von 20 Neonazis gegen die „Befreiungslüge“ am Hauptbahnhof Recklinghausen endete bereits nach wenigen Minuten. Die mit fünf Wagen anrückende Polizei sprach Platzverweise aus. Trotzdem wolle man noch rund 1500 Flugblätter in der Stadt verbreitet haben, so das neonazistische „Koordinationsnetz Ruhr-Mitte“. In Pulheim klebten Neonazis Aufkleber mit den Aufschriften „8. Mai – Wir feiern nicht!“ und „Kriegsschuld – Nicht mit UNS - Schuldkult abschaffen!“. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden auch Wände mit Parolen beschmiert, wie zum Beispiel „8. MAI - Besetzt, Belogen, Umerzogen“, so die „Autonomen Nationalisten Pulheim“. *hma* ■

„Gebetszug“ gegen Abtreibung in Freiburg

Freiburg. Angeführt von fünf Priestern der umstrittenen „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ haben am 17. April in Freiburg knapp 200 Menschen einen „Gebetszug gegen Abtreibung“ durchgeführt. Mobilisiert hatten das Priorat Rheinhausen und die Kapellen Freiburg und Offenburg der „Priesterbruderschaft“. Vor einer Klinik wurde der Zug zeitweise von mehreren Dutzend GegendemonstrantInnen blockiert. Die Polizei räumte den „Lebensschützern“ immer wieder den Weg frei. Auf der Abschlusskundgebung am Getreidemarkt sprach Pfarrer Winfried Pietrek von der islamophoben Kleinpartei „Christliche Mitte“. *hma* ■

Erneut Schule umbenannt

Osnabrück. Die Agnes-Miegel-Realschule in Osnabrück wird umbenannt. Die wegen ihrer Nähe zum Nationalsozialismus kritisierte „Mutter Ostpreußens“ kann kein pädagogisches Vorbild sein, urteilte der Historiker Prof. Hans-Jürgen Döscher in einem Gutachten. Vor allem die unbeugsame Haltung der Dichterin nach 1945 sei zu kritisieren. Auf ihre Verstrickungen mit dem NS-Regime angesprochen, hatte Miegel einst erklärt: „Dies habe ich mit meinem Gott alleine abzumachen und mit niemandem sonst“. Die 1966 nach Miegel benannte Schule heißt ab dem 1. Februar 2010 Bertha-von-Suttner-Realschule. *hma* ■

Traditionspflege bei „Walknut“

Seifhennersdorf. Werke, die „sich zu Mythos und Volk bekennen, finden in unserem Verlag einen zuverlässigen Freund“, heißt es auf den Internetseiten des „Walknut“-Verlags im sächsischen Seifhennersdorf. Propagiert wird eine „Loslösung von den Zwängen einer volksfeindlichen Lebensweise, von der Starrheit einer entheiligten Welt, hin zur Neuformung eines willensstarken Menschentums“. Angeboten werden im „Walknut“-Verlag um Geschäftsführer Haasler u.a. die Broschüre „Die Schwarze Sonne – Göttliches Licht der Erkenntnis“ und ein von Maik Haasler herausgegebenes Buch mit dem Titel „Lieder, Laiche, Laienspiele – Werkbuch für Frühlingsfeier und Sommersonnenwende“. Darin versucht der Herausgeber „germanisch-heidnisches“ Brauchtum wieder für die Gegenwart fruchtbar zu machen“, heißt es in einer Rezension von Karl Richter, stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa“. Mit einer Broschüre gewürdigt wird der Prähistoriker Hans Hahne (1875-1935). Dieser wurde bereits in den 1920er Jahren Mitglied der NSDAP und nach der Machtübertragung an die Nazis 1933 erster NS-Rektor an der Universität Halle. Zudem wurde Hahne zum stellvertretenden Gaukulturwart im Raum Halle-Merseburg ernannt und arbeitete für das „Rasse- und Siedlungshauptamt“. *hma* ■

Protest gegen „Anti-Islamisierungskongress“ auch in Leverkusen

Ausgerechnet den 64. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus hatte sich die rechtsextreme, selbsternannte Bürgerbewegung „Pro NRW“ ausgesucht, um zum Auftakt ihres „Antiislamisierungskongresses“ und den Kommunalwahlen ihre rassistischen Parolen unter’s Volk zu bringen. Vor einiger Zeit zu diesem Anlass ein breites Bündnis gebildet, welches unter dem Motto „Leverkusen für Vielfalt, Respekt und Menschenwürde“ dazu aufrief, „nicht tatenlos hinzunehmen“ dass „rassistische und fremdenfeindliche Hetze“ verbreitet wird.

Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V., die diesen Aufruf mit unterzeichnet hatte, gab im Laufe der Aktivitäten der letzten Wochen mehrere Flugblätter heraus. Auch am Morgen der Pro-NRW-Zusammenrottung wurden ab 7 Uhr am Bahnhof Leverkusen-Mitte – von wo die rechte Truppe ihre Fahrt nach Leichlingen, Leverkusen und Dormagen antreten wollte – diese verteilt.

Ab 12.30 Uhr sammelten sich dann viele Leverkusener, um an einer von einem weiteren antifaschistischen Bündnis angemeldeten Kundgebung teilzunehmen. Willi Oberländer (ver.di-Gewerkschaftssekretär) und Wolfgang Stueckle (Betriebsratsvorsitzender des Klinikums Leverkusen) riefen auf, sich am Stand des Integrationsrates zu versammeln, um dort eine gemeinsame Kundgebung durchzuführen. Dort bot sich dann dem Betrachter ein buntes Bild – die Entsprechung des Satzes „Leverkusen ist und bleibt bunt statt braun“. Fahnen und Transparente von Gewerkschaften, der Katholischen Arbeiterbewegung, von Kirchen und Jugendgruppen, von der VVN-Bund der AntifaschistInnen machten die Breite sichtbar. Nach Beendigung der Kundgebung zogen viele Teilnehmer zum Ort der Zusammenrottung der „Pro NRW“-ler, um dort lautstark gegen die Rassisten zu demonstrieren.

Kulturvereinigung Leverkusen, 8. Mai 2009 ■

Eindrücke vom 9. Mai in Köln



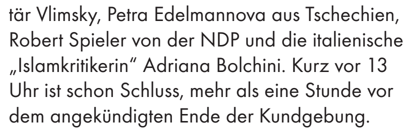
Auftaktlundgebung des Bündnisses „Köln stellt sich quer" auf dem Heumarkt



Proteste auf dem Barmer Platz



Von den angekündigten „prominenten Vertretern der erfolgreichsten rechtsdemokratischen Parteien Europas" samt großen Delegationen war am 9.5. nicht viel zu sehen. Die Europaabgeordneten Mölzer, Carl Lang und Mario Borghezio fehlen. Neben Vlaams Belang-Fraktionschef Dewinter sprechen u.a. FPÖ-Generalsekre-



tär Vlimsky, Petra Edelmannova aus Tschechien, Robert Spieler von der NDP und die italienische „Islamkritikerin" Adriana Bolchini. Kurz vor 13 Uhr ist schon Schluss, mehr als eine Stunde vor dem angekündigten Ende der Kundgebung.





Fantasievoller Protest – auch von jungen Muslimen
Fotos: www.arbeiterfotografie.com, pb und pab/www.foto-journalisten.com

Bewertung des „Anti-Islamisierungskongress" in der Jungen Freiheit (JF)

Die JF versucht in ihren Berichten über den von „pro-Köln" organisierten „Anti-Islamisierungskongress" am 9.5.2009, an dem VertreterInnen mehrerer rechtextremistischer Parteien aus dem europäischen Ausland teilnahmen, das Bild einer gelungenen und friedlichen Veranstaltung zu zeichnen. „pro-Köln" wird als rechtsdemokratische Gruppe bezeichnet, die sich von jeglichem Extremismus distanziert und auf die „Gefahren hinweist, die Deutschland und Europa durch den radikalen Islam drohten."[1]

Es wird nicht die Version von „pro-Köln" übernommen, die von 1000 TeilnehmerInnen und einem „historischen Meilenstein in der Geschichte der pro-Bewegung, die für die Kommunalwahlen im August 2009 ein echtes politisches Erdbeben erwarten läßt"[2], sprechen, sondern von „mehr als 700 Teilnehmern" ausgegangen. Wie die JF auf diese Zahl kommt, bleibt allerdings ihr Geheimnis. Selbst bürgerliche Medien gehen von Zahlen zwischen 150 bis 300 TeilnehmerInnen aus.[3]

Weiterhin wurde schon im Vorfeld gegen zahlreiche „Linksextremisten" Stimmung gemacht, die den „Kongress" stören und gewaltsam verhindern könnten:[4] „Zudem werden bekannte autonome Gewalttäter aus Göttingen und Berlin erwartet." Der Protest zahlreicher verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen sollte damit kriminalisiert und mit dem Stigma der Gewaltbereitschaft belegt werden.

In einem Kommentar zum „Kongress" schrieb der JF-Chefredakteur Dieter Stein:[5] „Allein schon aus Sorge um die demokratische Einengung der Meinungsfreiheit muss man mit dem Anti-Islamisierungskongress sympathisieren." Seine positive Bewertung der politischen Arbeit der „pro-Bewegung" wird deutlich zum Ausdruck gebracht:[6] „Die undemokratische Instrumentalisierung von Polizei und Verwaltungsgerichten durch den politischen Apparat stinkt in NRW zum Himmel und man sehnt eine politisch zentrale Kraft herbei, die diesen →

Augiasstall im Sinne der Verfassung und des Souveräns ausmistet.“

Kritik am „Anti-Islamisierungkongress“ findet sich zum Schluss von Steins Kommentar, wo seine rassistische Weltsicht (wieder) durchsickert:[7] „Islamische Gemeinden und Moscheen wären in Deutschland und Europa kein Problem, bliebe es bei einer stabilen und kleinen Gruppe von Anhängern. Das eigentliche Problem ist doch keine fromm gelebte Religiösität. Im Gegenteil: Sie ist erfreulicher als liberale Permissivität. In Wahrheit ist doch die Überfremdung das Problem, die dynamische Ausbreitung der dahintersteckenden, dem europäischen Kulturkreis fremden Ethnien bei gleichzeitigem dramatischem Rückgang der autochthonen Bevölkerung. So sammelt sich in Anti-Islam-Blogs im Internet ein seltsames Bündnis von libertären Atheisten, Homo-Aktivisten, Israel-Fans, West-Extremisten und herkömmlichen Nationalpopulisten im Angriff auf eine Religion, statt ehrlich zu sagen, worum es geht: den Stopp von Massenzuzug aus der Türkei und arabischen Staaten und die Rückführung nichtintegrierbarer Ausländer. Ansonsten sollte tolerant gelten. Suum cuique. Auch für Moslems.“

Michael Lausberg ■

1 www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M5dad42...
2 www.pro-koeln-online.de/artikel09 110509-bilder.htm
3 Aachener Nachrichten vom 11.05.2009, S. 5; Kölner Stadtanzeiger vom 11.05.2009, S.4; Rheinische Post vom 11.05.2009, S.6
4 www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M5ad367c....
5 www.jungefreiheit.de/Aktuelle - JF.248.0.htm/
6 Ebd.
7 Ebd.



Ungenutztes Demo-Material ...

Neonaziaktivitäten gegen die „Befreiungslüge“

Österreich. Wie jedes Jahr rund um den 8. Mai machten (mehrheitlich jugendliche) Neonazis mit verschiedenen Aktionen auf sich aufmerksam. In der KZ-Gedenkstätte Ebensee kam es am 9. Mai sogar zu einem von „Heil Hitler!“-Rufen begleiteten Angriff auf ehemalige Häftlinge und deren Angehörige, die zur Befreiungsfeier gekommen waren. Die Polizei konnte dank eines Hinweises aus der Bevölkerung vier Haupttäter ausforschen, zwei von ihnen wurden in U-Haft genommen.

In Wiener Neustadt pflanzten unbekannte Täter in der Nacht vor dem 8. Mai rund 40 Holzkreuze, darauf war zu lesen: „8. Mai 1945. Ewig währt der Toten Tatenruhm“. Im Innviertel kamen mehrere Hundert Flugblätter zur Verteilung. Auf diesen bekennen sich die Neonazis, am 8. Mai nicht die Befreiung zu feiern: „Vertreibung aus der Heimat, Raub, Vergewaltigung und Mord mussten die Deutschen bei ihrer ‘Befreiung’ über sich ergehen lassen. [...] 64 Jahre sind nun vergangen. 64 Jahre Eroberungsfeldzüge des US-Imperiums liegen hinter uns. Sie befreien weiter alle freien Völker!“ *www.doew.at, Neues von ganz rechts, Mai 2009* ■

Neonazi-Marsch fürs Grundgesetz?

München. Die „Freien Nationalisten München“ rufen zum 60. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes in der Bundesrepublik zu einer Demonstration auf. Am 23. Mai 2009 will die neonazistische Gruppierung um Philipp Hasselbach unter dem Motto „60 Jahre Grundgesetz – ständiger Abbau von Bürgerrechten – § 130 StGB abschaffen!“ durch München ziehen.

Doch den Propagandisten einer Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen geht es natürlich nicht wirklich um die Grund- und Menschenrechte. Die Neonazis beklagen vor allem die Repression gegen die „nationale deutsche Opposition“. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung der Neonazis nach Abschaffung des §130 des Strafgesetzbuches. Dieser Paragraph stellt u. a. die Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust unter Strafe, was die extrem Rechten als „Gesinnungsterror“ betrachten. Zum gleichen Thema zogen bereits am 11. April 2009 etwa 120 Neonazis der neuen Kameradschaftsdachorganisation „Freies Netz Süd“ durch die Landeshauptstadt München. Maßgeblich daran beteiligt war der Münchner Neonazi-Aktivist und frühere NPD-Funktionär Norman Bordin und darin dürfte ein weiterer Grund für die Durchführung der neuerlichen Demonstration liegen.

Es scheint sich ein Konkurrenzkampf um die Führungsposition in der neonazistischen Szene Bayerns zu vertiefen. Hasselbach und Bordin sind in herzlicher Abneigung verbunden. Hasselbach hat Bordin mittlerweile als Intimus von Karl Richter, dem Münchner Stadtrat der „Bürgerinitiative Ausländerstop“ (BIA) abgelöst und wurde vor kurzem in den Vorstand der BIA gewählt. Vor einigen Tagen hat er nun auch noch die Gründung einer neuen Neonazigruppe bekannt gegeben, die „Freien Nationalisten Nürnberg“.

Diese Ankündigung einer weiteren Organisation in der mittelfränkischen Metropole und damit im Hauptbetätigungsfeld der „Freies Netz Süd“-Aktivisten Matthias Fischer und Norman Kempken, hat bereits zu heftigen Reaktionen wie zum Teil hasserfüllte verbale Angriffe gegen Hasselbach im Internet, geführt.

Am 1. Mai 2009 waren beide Konkurrenten auf der Straße. Bordin demonstrierte mit einem „Frontstadt München“ Transparent bei der Demonstration des „Freien Netz Süd“ in Weiden in der Oberpfalz mit 400 weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Hasselbach wiederum konnte für seine 1. Mai-Kundgebung und Demonstration im schwäbischen Neu-Ulm etwa 600 Neonazis mobilisieren. *www.aida-archiv.de* ■

Zukunft braucht Erinnerung

Stuttgart. Das Gebäude der ehemaligen Gestapozentrale (1936 bis 1945) in der Dorotheenstraße 10, bekannt als „Hotel Silber“, soll – wie weitere Gebäude zwischen Markthalle und Kaufhaus Breuninger – abgerissen werden. Unter dem Projektnamen „Da Vinci“ planen das Land Baden-Württemberg und die Firma Breuninger die Errichtung eines Ministeriums- und Geschäftskomplexes sowie den Bau eines Luxushotels.

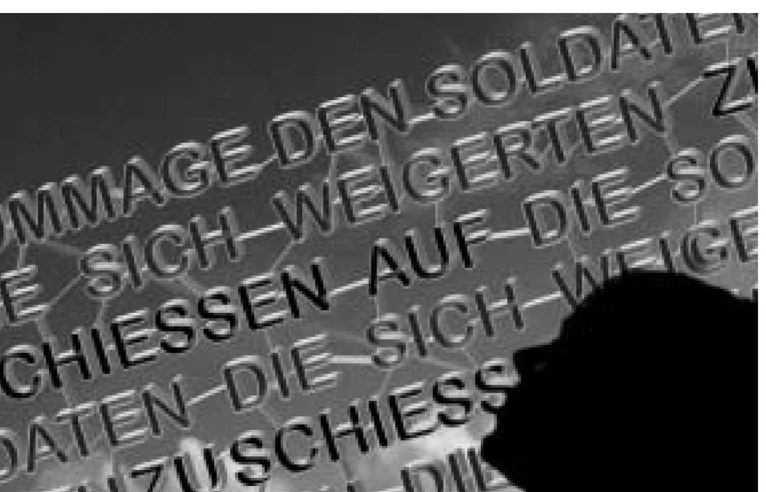
Das „Hotel Silber“ war einer der am meisten gefürchteten Folterorte in der Region und galt und gilt noch immer als Inbegriff des NS-Terrors in Württemberg. Hier begann für viele politische Regimegegner des Nationalsozialismus mit brutalen Verhörmethoden der Weg in Zuchthäuser, Konzentrationslager und in den Tod. Von hier aus wurde die Deportation der württembergischen Juden organisiert. Zusammen mit der Kriminalpolizei beteiligte sich die Gestapo am Terror gegenüber weiteren Minderheiten wie z. B. den Sinti und Roma, den Homosexuellen und anderen, der NS-Ideologie missliebigen Personenkreisen. In unmittelbarer Nähe befanden sich zwei weitere NS-Einrichtungen,

Sich weigern zu schießen

In Köln wurde der Entwurf für ein Denkmal für die Deserteure der Wehrmacht vorgestellt

von Anneliese Fikentscher

Ohne Punkt und Komma: »Hommage den Soldaten die sich weigerten zu schiessen auf die Soldaten die sich weigerten zu schiessen auf die Menschen die sich weigerten zu töten die Menschen ...zu foltern ... zu denunzieren ... zu brutalisieren ... diskriminieren ... auszulachen die Menschen, die



Solidarität und Zivilcourage zeigten als die Mehrheit schwieg und folgte«. Dieser in ein farbiges Buchstabenspiel getauchte Schriftzug soll das Dach einer Pergola bilden, Sonnenlicht durch sein bedeutsames Buchstabengeflecht auf den Boden spielen und die Passanten veranlassen, den Blick zu heben. Es ist der von einer prominent besetzten Jury einstimmig favorisierte Wettbewerbsbeitrag für das Denkmal für Deserteure, Denkmal für die Opfer der Nazi-Militärjustiz in Köln. Er stammt von dem Schweizer Ruegi Baur, realisiert mit Denis Coueignoux. Gleichzeitig formulierte die Jury, „die Hoffnung, dass möglichst bald auch die letzten Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz rehabilitiert werden."

Standort des Denkmals, das an sie erinnert, wird in unmittelbarer Nähe des ehemaligen Appellationsgerichts und den gegenüberliegenden Arbeits- und Folterräumen der Gestapo, dem heutigen Sitz der Gedenkstätte des Museums NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln sein. Am Mittwoch, den 6.5.09 hatte die Fraktion der Kölner Linkspartei ins Rathaus geladen, um die Ergebnisse des Wettbewerbs, an dem sich 14 Künstler beteiligten, vorzustellen. Zu Gast war auch Ludwig Baumann, einer der letzten noch lebenden Deserteure der Wehrmacht. 2006 hatte die Fraktion gegen die Stimmen von CDU, FDP und Pro Köln die Mittel für die Ausschreibung eines Denkmals für die Deserteure in einer hitzigen Debatte durchgesetzt.

Fotos: www.arbeiterfotografie.com

Eine fünfköpfige Projektgruppe machte sich dann ans Quellenstudium. Von zwölftausend Akten im Freiburger Militärarchiv wurden bisher zehntausend Vorgänge gesichtet. In den Akten der Divisionsgerichte, von denen drei für Köln – je nach Frontlage wechselnd zuständig waren, konnten 104 Fälle mit Köln-Bezug ausfindig gemacht werden. Als dritte Quelle diente eine Kartei, die die Todesurteile und die Hinrichtungsorte auflistete. „Wir haben bei dieser Gelegenheit festgestellt, dass in Köln kräftig hingerichtet wurde", bilanzierte Malle Bensch-Humbach die Ergebnisse der Projektgruppe. Bislang sind 71 Hinrichtungen von Deserteuren in Köln bekannt, die meisten wurden mit der Guillotine im Gefängnis Klingelpütz umgebracht.

Wer als Deserteur das Kriegsende erlebte, erfuhr keinerlei Anerkennung, wie Ludwig Baumann am Mittwoch ausführte: „Wir sind nur als Feiglinge, als Kriminelle, als Verräter beschimpft und bedroht worden, bis wir an diesem Staat verzweifelt sind". Die Nazirichter hingegen „haben nach dem Krieg Karriere gemacht. Sie sind aufgestiegen bis zu Bundesrichtern. Sie haben die Nachkriegsrechtsprechung entscheidend mitgeprägt. Hätten sie uns rehabilitiert, hätten sie wohl befürchten müssen, selber angeklagt zu werden. Nicht einer ist bestraft worden. Wir waren bis 2002 vorbestraft." Die Aufhebung der Urteile gegen Deserteure gelang erst im Jahr 2002 im Bundestag aufgrund einer Initiative der PDS. Wenn am 1. September, dem 70. Jahrestag des Überfalls auf Polen, die Einweihung des Denkmals stattfindet, wird Ludwig Baumann dabei sein – als Ehrengast. ■

Resolution für den Erhalt des Gebäudes der ehemaligen Gestapozentrale Stuttgart als authentischen Gedenk- und Lernort

das damalige Württembergische Innenministerium, welches unter anderem für die Umsetzung der in Berlin geplanten systematischen Ermordung psychisch kranker und behinderter Menschen in Württemberg zuständig war, und das „Deutsche Ausland-Institut" im „Alten Waisenhaus", das an führender Stelle an der Verwissenschaftlichung der nationalsozialistischen Rassenideologie arbeitete.

Die ehemalige Gestapozentrale ist als authentischer Ort der Geschichte unbedingt zu erhalten. Dieser Ort ist für die Erinnerung an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors und für die Auseinandersetzung mit der Tätergeschichte gleichermaßen wichtig.

Das Gebäude soll als zukünftige Gedenk- und Lernstätte ein NS-Dokumentationszentrum beherbergen und alle Opfergruppen darstellen, die in unserer Region während der Nazizeit verfolgt wurden. Neben einer Dauerausstellung über die Tätergeschichte soll es einer themenbezogenen Bibliothek und Mediathek Platz bieten. Es soll ein lebendiger Denk-Ort entstehen, an welchem sich Menschen begegnen und gemeinsam arbeiten können: Initiativen, Archivare, ForscherInnen, Betroffene, Schülerinnen und Schüler. Diese zukünftige Gedenk- und Lernstätte soll Menschen, Themen und Orte miteinander verbinden. Sie soll ein Forum werden für bereits bestehende wie noch zu entwickelnde Netzwerke und eine Brücke schlagen vom Gestern ins Heute. Wir fordern das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart auf, eine historisch verantwortliche Entscheidung zu treffen, die dem Gedenken an die Opfer gerecht wird: Der „Tatort Dorotheenstraße 10" muss erhalten und zukünftig als Gedenkstätte und NS-Dokumentationszentrum genutzt werden.

Dies soll in die Ausschreibung des Architekturwettbewerbs für die Neubebauung des „Da Vinci"-Areals aufgenommen und bei der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Initiative für einen Gedenkort im ehemaligen Hotel Silber: AK „Euthanasie" der Stolpersteininitiativen, DieAnstifter, Initiative Deserteur-Denkmal für Stuttgart, Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg, Mauthausen Komitee Stuttgart, Stadtjugendring Stuttgart, Stuttgarter Stolpersteininitiativen, VVN Kreisverband Stuttgart, Verband Deutscher Sinti und Roma, Weissenburg e.V., Zeichen der Erinnerung

Bis 30. Juni 2009 werden weitere Unterschriften erbeten an: Stadtjugendring Stuttgart e. V., Junghansstr. 5, 70469 Stuttgart

Europawahl 2009 –

Erklärung der FIR

Im Juni 2009 finden in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Dies ist für die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen und ihre Mitgliedsverbände in fünfundzwanzig Ländern Europas und Israel Anlass, die Grundpositionen der antifaschistischen Verbände in Europa zu Gehör zu bringen: Wir erinnern an die antifaschistischen Wurzeln der europäischen Einigung, die Gemeinsamkeiten derAnti-Hitler-Koalition und den Internationalismus der Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager. Man hat 1945 geschworen, dass Faschismus und Krieg nie wieder das Leben der Völker bedrohen dürfen – und das gilt bis heute. Europa kann daher nur ein antifaschistisches Europa sein. Und das bedeutet konkret:

1) Wir treten ein für ein friedliches Europa, das seine Rolle und Bedeutung in der Welt dafür einsetzt, Kriege zu verhindern, und sich für nicht-militärische Konfliktlösungen einsetzt. Wir widersetzen uns der Militarisierung europäischer Außenpolitik. „Terrorismus" kann nicht mit Kriegspolitik bekämpft werden. Die Antwort auf das weltweite Flüchtlingselend heißt nicht Abschottung und „„Festung Europa". Europa muss sich aktiv an der Bekämpfung von Fluchtursachen beteiligen und durch Integration und angemessene Aufnahme von Flüchtlingen an der Lösung der Probleme im Interesse der Menschen mitwirken.

2) Ein friedliches Europa bedeutet im Inneren, jeglichen Formen von sozialer und rassistischer Diskriminierung entgegenzutreten. Der Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle zum Rassismus hat deutlich gemacht, dass rassistische Ausgrenzungen nicht nur gegen Sinti und Roma in verschiedenen Ländern Europas alltäglich sind. Wer in Europa glaubwürdig gegen Rassismus und Xenophobie eintreten will, muss hier deutlich Position beziehen. Ein friedliches Europa kann nur ein demokratisches Europa sein. Nicht zunehmende Bürokratisierung und Zentralisierung, sondern demokratische Mitwirkung und Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen ist die Perspektive. Die Verbände der FIR sind aktiver Teil dieser Zivilgesellschaft und erwarten Förderung und Unterstützung.

3) Wir treten ein für ein soziales Europa der Menschen. Nicht ungebremster Handel und Kapitalverkehr dürfen den Charakter Europas bestimmen, sondern ein hoher Standard der sozialen und persönlichen Rechte und Freiheiten für alle Menschen. Europa wird erst dann von den Bürgern akzeptiert, wenn es beweist, dass es Freizügigkeit und Sicherheit nicht nur im Urlaub ermöglicht, sondern allen Menschen eine berufliche und gesellschaftliche Perspektive gibt.

4) Wir warnen vor zunehmendem Nationalismus und Chauvinismus in Europa. Niemand sollte die kulturelle Vielfalt Europas nivellieren wollen. Aber es ist politisch verheerend für alle Menschen in Europa, wenn Rechtspopulisten und Neofaschisten „Mein Land zuerst" oder „Deutschland den Deutschen" propagieren. Die Präsenz rassistischer und rechtspopulistischer Kräfte im Europäischen Parlament muss mit allen Mitteln verhindert werden.

Antifaschisten brauchen Verbündete im europäischen Parlament. Wir rufen dazu auf, jene Parteien zu unterstützen, die sich aktiv für ein demokratisches, soziales und antifaschistisches Europa einsetzen. Wir hoffen, sie in verschiedenen Fraktionen zu finden, denn Antifaschismus ist eine Haltung, die nicht an eine parteipolitische Orientierung gebunden ist.

FÉDÉRATION INTERNATIONALE DES RÉSISTANTS (FIR) ASSOCIATION ANTIFASCISTE (FIR) ■

Frankreich vor den Europaparlamentswahlen

Nun steht es definitiv fest: Am 14. Juli dieses Jahres wird der rechtsextreme Franzose Jean-Marie Le Pen doch nicht die Eröffnungsrede auf der konstituierenden Sitzung des Europäischen Parlaments halten. Wochenlang hatte die Vorstellung, der Auschwitzleugner und Rassist könnte für einen Tag lang – in seiner Eigenschaft als Alterspräsident – das Europäische Parlament verkörpern, sozialdemokratischen und bürgerlichen Abgeordneten aus allen EU-Ländern Unbehagen bereitet.

Zwei Anläufe brauchte es, um diese Vision zu bannen: Zwar hatten eine Mehrheit der Abgeordneten bereits Ende März d.J. einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung angenommen. Er sollte verhindern, dass, bisherigen Gepflogenheiten entsprechend, der älteste Abgeordnete die Eröffnungssitzung präsidiert. Der Antrag wurde jedoch im Rechtsausschuss des Parlaments im April zurückgewiesen. Der rechtsextreme französische Europaparlamentarier Bruno Gollnisch jubelte in einem Kommuniqué über diesen Sieg. Derselbe Gollnisch, der etwa im März 2009 vor dem Europaparlament noch gegen die „politische Inquisition" in Deutschland wetterte, weil die Holocaustleugner Horst Mahler und Sylvia Stolz zu einer Haftstrafe verurteilt worden waren. Anfang Mai stimmten die Europaparlamentarier deshalb nochmals ab und vermieden dabei die Formfehler, die sie bei ihrem letzten Versuch zur Abänderung der Geschäftsordnung begangen hatten.

In der letzten Umfrage des Instituts CSA, deren Ergebnisse am 16./17. Mai publik wurden, ist der FN in den Umfragen wieder abgesunken. Statt 8 % werden ihm jetzt nur noch 6 % prognostiziert.

Eine weitere Liste fischt im rassistischen und antisemitischen Sumpf, aber nicht nur dort: Die von den Antisemiten Dieudonné M'bala und Alain Soral aufgestellte und am Mittwoch, 13. Mai 09 für die Europawahl angemeldete „Antizionistische Liste" vereinigt Personen sehr unterschiedlicher Herkunft. Allen gemeinsam ist aber ein mehr oder minder wirres Verschwörungsdenken. Man findet Rechtsextreme, etwa aus den Reihen der militanten Faschistengruppe Renouveau français oder einen Regionalchef der FN-Jugendvereinigung FNJ, aber auch die von den Grünen ausgeschlossene Auschwitzleugnerin Ginette Skandrani und den Anführer einer schiitischen Sekte, Yahia Gouasmi. Letzterer überraschte auf einer Pressekonferenz durch die Aussage, der Zionismus zeichne sich dadurch aus, dass er die Familienmoral in Frankreich zerstöre: „Hinter jeder Scheidung steht ein Zionist." Dies bringt ein wahnhaftes Verschwörungsdenken gut auf den Punkt, wird aber in breiten Kreisen als grotesk bis pathologisch wahrgenommen. Die Liste rangiert derzeit, weit abgeschlagen, im Null-Komma-Bereich. Die Ankündigung von Sarkozys Berater Claude Guéant in den ersten Maitagen, über ihr Verbot nachzudenken – zu einem Zeitpunkt, als die Liste ihr Wahlprogramm noch nicht hinterlegt hatte und es also zu früh war, über eine juristische Handhabe nachzudenken – hat ihr laut Auffassung der Opposition jedoch „unnütze Publizität" verschafft. Nachdem starke Polizeikräfte Dieudonnés „Wahlkampfbus" am Mittwoch „aus Sicherheitsgründen" für zwei Stunden auf den Champs-Elysées blockierten, bevor seine Anhänger die Liste beim Innenministerium vorlegen konnten, versucht die Combo nochmals, aus ihrem Status als „Opfer des Systems" Kapital zu schlagen. In breiten Kreisen wird sie als eher clowneske Einlage wahrgenommen. Aber was ist unter marginalisierten „Verlierern" an den Rändern der Gesellschaft?

BhS, Paris ■

Belgien:
Die extreme Rechte vor den Europaparlamentswahlen

In Belgien ist die extreme Rechte vor allem im nördlichen, niederländischsprachigen Landesteil – Flandern – seit zwei Jahrzehnten gut verankert. Die wichtigste flämische nationalistische und rassistische Partei, die 1979 gegründet wurde, hieß noch bis im November 2004 Vlaams Blok (VB, Flämischer Block). Nachdem der oberste Gerichtshof Belgiens die Partei als rassistisch eingestuft und ihr deswegen das Anrecht auf staatliche Parteienfinanzierung entzogen hatte, gründete sich die Formation formal, unter dem veränderten Namen Vlaams Belang (VB, Flämisches Interesse) kurzerhand neu.

Der solchermaßen nochmals „frisch gegründete" VB zählte in jüngerer Zeit zu den stärksten rechtsextremen Kräften in der Europäischen Union. Nach den belgischen Parlamentswahlen vom Juni 2007 avancierte sie zur stärksten politischen Kraft im flämischen Landesteil, mit 24,5 Prozent der Stimmen (in Flandern) und der stärksten Parlamentsfraktion im Regionalparlament, wo die Partei 30 Sitze von insgesamt 124 hält. Die extreme Rechte im französischsprachigen Landesteil hat dagegen in letzter Teil ziemlich erfolgreich Selbstzerstörung betrieben.



rechts: Dewinter vom Vlaams Belang am 9.5. bei „Pro Köln"

Belgien hat seit langem den Ruf eines Landes, das sich „doppelt" oder gespalten darstellt. Hintergrund ist der belgische „Sprachenstreit", der schon früh nach der Begründung des Königreichs im Jahr 1830 – hervorgegangen aus den früheren Spanischen Niederlanden – ausbrach. Ursprünglich war Französisch, als Sprache der gebildeten Schichten, in ganz Belgien Amts- und Unterrichtssprache; die Bezeichnung „Flämisch" diente zur Bezeichnung von Dialekten, die als Ausdrucksweise von „Bauerntrotteln" wahrgenommen wurden. Hintergrund war dabei auch, dass Wallonien, also die französischsprachige Südhälfte Belgiens, bis zur Mitte der 20. Jahrhunderts der mit Abstand reichere Landesteils war. Doch seitdem hat sich die Situation gründlich gewandelt. Das ehemals relativ wohlhabende Wallonien befindet sich seit Jahrzehnten ökonomisch im Abstieg, da die traditionell hier ansässigen Wirtschaftszweige (Stahl- und Schwerindustrie) ihre frühere Bedeutung verloren haben und zum Teil ruiniert sind. Nach langjährigem „Sprachenstreit" wurde die parlamentarische Monarchie Belgien ab 1993 in einen Bundesstaat umgewandelt. Dies hat allerdings das politische Problem bislang nicht gelöst. Besonders als ab der Parlamentswahl im Juni 2007 und noch bis im Dezember 2007 monatelang keine handlungsfähige Regierung gebildet werden konnte und es infolgedessen zu einer tiefen institutionellen Krise kam, wurden Rufe nach Separation und Auflösung des Gesamtstaats laut. So ergab eine Umfrage in jenen Monaten, dass damals angeblich nur noch 49,6 % der Flamen für den Fortbestand des Gesamtstaats einträten. Anfang Dezember 2006 hatte zudem das französischsprachige belgische Fernsehen eine Sendung unter dem Namen „Das Ende Belgiens" ausgestrahlt, in der scheinbar hochoffiziell verkündet wurde, König Albert habe die Auflösung des gemeinsamen Staates beschlossen. Dieses Fake ließ die Welle der Emotionen zeitweise hoch schlagen und rief ziemliche Aufregung hervor. Eine geplante Wiederholung wurde unterbunden, um eine als ernst empfundene Lage nicht noch zu verschärfen.

Beinahe alle politischen Parteien in Belgien sind nach Sprachgruppen (niederländischsprachig, französischsprachig sowie für die kleine deutschsprachige Minderheit in Ostbelgien) aufgeteilt. So existiert bspw. jeweils eine flämische und eine wallonische/französischsprachige christdemokratische, liberale, „sozialistische", grüne Partei unter eigenem Namen. Erst bei der Formierung von Koalitionen auf Bundesebene treffen die beiden jeweiligen Parteien (identischer Couleur) dann zusammen. Als gesamtbelgische Parteien, die über Sprachgrenzen hinweg organisiert sind, existieren lediglich eine Handvoll politischer Organisationen: hauptsächlich die bürgerliche und pro-monarchistische Zentrumspartei BUB (Belgische Unie-Union Belge), deren Linie auch als „Belgicanismus" bezeichnet wird, die maoistisch-stalinistische „Partei der Werktätigen" PTB/PvdA und die trotzkistische LCR-LSP. Am weitesten auseinander klaffen auf beiden Seiten aber die jeweiligen rechtsextremen Kräfte: Die flämisch-nationalistische extreme Rechte findet keine Entsprechung auf wallonischer Seite, wo vielmehr das französische „Beispiel" in Gestalt des Front National nachzuahmen versucht wird – obwohl mit weitaus geringerem Erfolg.

Schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg hatten flämische Nationalisten im Namen einer „pangermanischen" Vision gegen das übrige Belgien mit der deutschen Armee und Besatzungsmacht zusammen gearbeitet, hatten Nazikollaborateure und freiwillig dienende SS-Männer hervorgebracht. Das historische Erbe dieser dunklen Jahre prägt Teile des extremen flämischen Nationalismus, der ab 1979 im VB aufgegangen ist, bis heute.

Zudem ist der flämische Nationalismus heute auch Träger des politischen Projekts, das nationale (gesamtbelgische) Sozialversicherungssystem zu zerstören, da man es satt habe, den inzwischen ärmeren französischsprachigen Landesteil durch den Transfer von Sozialbeiträgen „durchzufüttern". In dieser Hinsicht ähnelt die Programmatik des Vlaams Belang jener der italienischen Lega Nord, die ebenfalls ein Ende der Subventionen für den ärmeren Süden fordert. Aufgrund der Dienstleistungsindustrie und der Häfen ist Flandern heute reicher als die südliche Landeshälfte. Rund 60 % der 10,7 Millionen Belgier zählen zur flämischen Bevölkerung.

VB-Vorsitzender träumt vom italienischen „Modell"

Dieser Programmpunkt gegen den bestehenden Sozialstaat hat dafür gesorgt, dass der VB auch neo- oder wirtschaftsliberalen Tendenzen politischen Ausdruck zu verleihen vermochte. Sein aktueller Vorsitzender (seit Anfang März 2008), Bruno Valkeniers, steht stellvertretend für diese Verkopplung von Wirtschaftsprofil und flämischem Nationalismus: Der neue Parteichef ist ein führender Wirtschaftsvertreter, der seit 2006 eines der größten Unternehmen im Hafen von Antwerpen leitet. Dennoch ist er gleichzeitig auch ein Nationalist, der ein „hartes" ideologisches Profil aufweist. Im Jahr 1976 hatte er den Studentenverband NSV mit begründet, der die schwarz-weiß-roten Farben der Flagge Nazideutschlands benutzt. Noch im Jahr 2007 erklärte Valkeniers, dass er gegen „gelegentliche" Straßengewalt nichts einzuwenden habe, und hinter einem glatten, höflichen Erscheinungsbild hetzt er offen gegen Homosexuelle und Einwanderer.

Bislang bezog der Vlaams Belang seine Stärke daraus, dass er drei Themenfelder besetzte und zu einem einzigen Diskurs zusammenzog: den Rassismus gegen Einwanderer, die Ablehnung des belgischen Zentralstaats (der zugunsten der Bildung eines germanischen, niederländischsprachigen Separatstaats aufgegeben werden solle) und eine populistische Pose der „einzigen Opposition" gegen „die da oben, all die Korrupten und Volksfernen". Dabei waren es vor allem die Pose einer Vertretung der Unzufriedenen gegen „die da oben" und das „Ausländerthema", die der Partei ihre Massenwirksamkeit verschafften. Die separatistische Dimension zog

beim Massenpublikum weniger stark, wie eine Umfrage zu Anfang 2009 ausdrücklich bestätigte.

Daneben trat der VB aber auch wie eine klassische (konservativ-reaktionäre) Rechtspartei auf: Als das belgische Parlament am 1. April 2009 in einem Votum eine Kritik am Papst aussprach – aufgrund seiner umstrittenen Äußerungen zum Präservativ auf einer Afrikareise im März dieses Jahres, und aufgrund der Wiederaufnahme des den Holocaust leugnenden fundamentalistischen Bischofs Richard Williamson in die Amtskirche –, stimmten die Abgeordneten des VB neben jenen der flämischen national-konservativen NVA als Einzige dagegen. Anders als Holland ist der niederländischsprachige Teil Belgiens, ebenso wie Wallonien, überwiegend katholisch.

Der neue, eher wirtschaftsliberale Parteichef Bruno Valkeniers träumt seit längerem erklärtermaßen von einer „Forzia Flandria“ (unter Anlehnung an Silvio Berlusconi frühere Bewegung Forza Italia), unter deren Schirm konservative, katholische und flämisch-nationalistische Rechte zusammengeschlossen werden sollten. In der öffentlichen Wahrnehmung des VB überwiegen jedoch eher das „Protestprofil“ zuzüglich des anti-belgischen Rassismus und des gegen Einwanderer gerichteten Rassismus.

Gleichzeitig verbindet der gegen den belgischen Gesamtstaat gerichtete flämische Nationalismus den VB (und den „harten Kern“ seiner Anhängerschaft) aber mit anderen Kräften. Unter anderem mit rechts von ihm (oder neben ihm) stehenden militanten Extremisten, aber auch – vor dem Hintergrund eines „pangermanischen“ Bestrebens – mit niederländischen oder deutschen Rechten. Zu ersteren zählen extremistische Vereinigungen wie Voorpost (Vorposten), die am 7. Oktober 2007 eine Demonstration in einem Brüsseler Vorort – Rhode-Saint-Genèse – unter dem Motto „Belgien soll verrecken!“ organisierte, an welcher auch 17 gewählte Parlamentarier des VB teilnahmen. Unter den Letztgenannten korrespondiert besonders die früher niederländische „Freiheitspartei“ VVD mit dem flämischen Nationalismus in Belgien. Die früher rechtsliberale Partei hat in den letzten Jahren einen offen rechtsextremen Kurs eingeschlagen und befindet sich zugleich im Aufwind, Umfragen sehen derzeit sogar voraus, dass sie zur stärksten politischen Kraft in Holland avancieren könnte. Ihr Vorsitzender Geert Wilders, der vor allem mit Anti-Islam-Parolen die Aufmerksamkeit auf sich zog, schlug am 11.5.2008 vor, eine Volksabstimmung im niederländischsprachigen Teil Belgiens über „einen Zusammenschluss Flamens und der Niederlande“ durchzuführen.

Neue Konkurrenten für den Vlaams Belang

Nunmehr sind dem VB aber auf mehreren dieser Felder Konkurrenten erwachsen.

Seit den belgischen Parlamentswahlen im Juni 2007 hat eine neue und eher populistische Liste (ohne offen naziähnliche Anklänge) dem VB in Flandern seinen Rang als „einzige konsequente Opposition gegen den Politikerkonsens“ streitig zu machen versucht: Die LDD oder Liste Dedecker bezieht ihren Namen von ihrem Gründer, dem früheren Judo-Nationaltrainer Jean-Marie Dedecker. Der 56-Jährige – früherer Senator der rechtsliberalen flämischen Partei VLD, die ihn im Oktober 2006 ausschloss – und seine Anhänger gründeten im Januar 2007 eine eigene Liste mit starkem Personality-Show-Effekt und geringer programmatischer Tiefe. Die Erscheinung LDD ähnelt insofern dem italienischen „Phänomen Berlusconi“; sie selbst vergleicht sich eher mit der rechtspopulistischen Partei des 2002 getöteten Niederländers Pim Fortuyn, der LPF (Liste Pim Fortuyn). Dedecker gibt aber auch an, von dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und besonders seinen Law & Order-Reden positiv angetan zu sein.

In ihrer eher diffusen Programmatik verbindet die belgisch-flämische LDD Wirtschaftsliberalismus, Steuersenkungen, die Vorstellung einer eher harten Ausländer- und Sicherheitspolitik mit dem Vorschlag eines stärker föderal ausgestalteten Belgiens. Den Regionen soll dabei mehr Eigenverantwortung auch im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich zustehen, was zwar in dieselbe Richtung geht wie die von flämischen Nationalisten geforderte Entsolidarisierung etwa durch getrennte Sozialkassen, ohne aber so weit zu gehen wie die beim VB kultivierte Unabhängigkeitsforderung. Zudem setzt die LDD auf die Anziehungskraft von Personen und nominierte etwa die frühere belgische Judo-Olympiasiegerin Ulla Werbrouck (Jahrgang 1972) sowie eine frühere ‚Miss Belgien‘ auf ihren Listen zu Europaparlaments- und Regionalparlamentswahl im Juni 09. (Allerdings hat auch der rechtsextreme VB eine frühere ‚Miss Belgien‘, Anke Van Dermeersch, als Kandidatin für das Regionalparlament in Antwerpen nominiert.)

In Flandern konnte die neue Liste, die kurz nach ihrer Gründung bei den Parlamentswahlen 2007 die Fünf-Prozent-Hürde in der Region überspringen konnte (sie erhielt damals 6,5 %), in den letzten Monaten eine erhebliche Anziehungskraft entfalten. Im Januar 2009 sagten Umfragen ihr für die belgischen Regionalwahlen, die (wie die Europaparlamentswahl) ebenfalls im Juni stattfinden, 16 % der Stimmen vorher. Im April wurde ihr prognostiziert, zweitstärkste Partei in Flandern zu werden. Die Wahlabsichten für den rechtsextremen Vlaams Belang waren zu Jahresanfang zugleich von zuvor 25 auf noch 16 % gesunken.

Allerdings kam es in den letzten Wochen, angesichts der Allmacht des Chefs – dem Nominierungswillkür und die Bevorzugung von neu Angeworbenen vorgeworfen wird – und personeller Querelen, aber auch aufgrund eines Bespitzelungsskandals (Dedecker hatte einen Privatdetektiv damit beauftragt, den früheren „Parteifreund“ und liberalen Außenminister Karel van Gucht zu beschatten), zu heftigen Streitigkeiten und Verwerfungen innerhalb der ‚Liste Dedecker‘. Nachdem am 7. April das frühere Führungsmitglied Paul Schietekat seinen Abgang erklärte, reagierte „Partei“chef Dedecker mit dem Ausspruch: „Wer nicht zufrieden ist, soll gehen!“ In der Folge erklärte am 20. April auch einer der Abgeordneten der LDD im belgischen Bundesparlament, Dirk Vijnck, seinen Austritt, woraufhin die Partei ihren Fraktionsstatus zu verlieren und dadurch monatlich 23.000 Euro Fraktionsgelder einzubüßen drohte. Am Nachmittag des 4. Mai erklärte Dirk Vinjck jedoch seine Rückkehr in die Fraktion. Angesichts des zeitweise heftig ausgetragenen innerparteilichen Machtkampfs bei der LDD bleibt abzuwarten, ob und wie dieser sich auf die Wahlergebnisse auswirken wird.

Die LDD droht dem Vlaams Belang also einen Teil seiner früheren Wähler abspenstig zu machen. Gleichzeitig hat sein Auftauchen aus Sicht der rechtsextremen flämischen Partei aber auch positive Effekte: Erstmals trat mit der Liste Dedecker eine erstarkende politische Kraft auf, die das seit Jahren über den VB verhängte Zusammenarbeitsverbot in Gestalt des so genannten Cordon sanitaire (wörtlich „Hygienegürtel“) – woran die bürgerlichen ebenso wie die linken Parteien sich bislang gemeinsam hielten – offen übertritt. Die LDD erklärte sich stets für unterschiedliche Bündniskonstellationen „außer mit Sozialisten und Grünen“ offen und bezog darin, neben flämischen Liberalen und Christdemokraten, stets auch die extreme Rechte ausdrücklich ein. Allerdings konnte sie dadurch zugleich auch Überläufer aus den Reihen des VB anziehen.

Auf einer anderen Ebene bereitet noch eine andere neuere Partei dem VB Konkurrenz, in Gestalt der 2001 entstandenen „Neuen flämischen Allianz“ (NVA, für Nieuw-Flaamse Alliantie). Auch sie teilt einige Programmpunkte mit dem Vlaams Belang und lehnt andere von ihnen hingegen ab. Sie teilt den „konsequenten flämischen Nationalismus“, in Gestalt des Eintretens für eine definitive Unabhängigkeit von Belgien – die „auf friedlichem Wege“ anzustreben sei, während sie die „populistischen“ Aspekte im Programm des VB – dessen Diskurs gegen die „Systemparteien“ und die offen rassistische Dimension – ablehnt. Die NVA zielt eher ins Lager der


weiter auf Seite 10

NPD-Verbot: Ein Thema im Wahlkampf?

Gute Argumente aus dem Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE.

Nicht nur in Ostdeutschland, auch in Nordrhein-Westfalen bauen Neofaschisten systematisch ihren Einfluss vor Ort aus. Sie sind eine tägliche Gefahr für alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Die NPD tritt zu den Kommunal- und Bundestagswahlen an. Auf ihren Listen finden sich auch Mitglieder der DVU und der militanten Freien Kameradschaften. So tritt im Rhein-Erft-Kreis westlich von Köln der DVU-Landesvize Andreas Höveler auf Listenplatz 2 gemeinsam mit dem u.a. wegen Volksverhetzung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole sowie unerlaubtem Waffenbesitz vorbestraften Kameradschaftsaktivisten und bekennenden Hitler-Anhänger Axel Reitz auf Platz 3 für die NPD zur Kommunalwahl an.

Die Wahlkämpfe bieten den Neonazis verstärkt die Möglichkeit, ihr rassistisches und menschenfeindliches Programm in Verbindung mit sozialer Demagogie in der Öffentlichkeit zu propagieren und so die Verzweifelung und Perspektivlosigkeit von Opfern der Wirtschaftskrise für sich zu nutzen.

Argumente für ein NPD-Verbot

1. Ein NPD-Verbot trifft die zentrale Organisationsplattform des deutschen Neofaschismus, denn die NPD ist die einzige faschistische Organisation, die bundesweit präsent und kampagnefähig ist. Um die NPD hat sich die Neonaziszene im Rahmen der „rechten Volksfront" aus NPD, DVU und Kameradschaften zusammengeschlossen.
2. Ein Verbot der NPD entzieht der Partei und damit der deutschen Neofaschistenszene ihre wichtigste finanzielle Grundlage, denn die staatliche Parteieinfinanzierung ist die wichtigste Einnahmequelle der NPD: Zwischen 1998 und 2007 hat die NPD 6,3 Millionen Euro aus Steuermitteln erhalten. Laut ihrem letzten veröffentlichten Finanzbericht von 2006 machen die staatlichen Mittel in Höhe von 1,38 Millionen Euro jährlich 45 % des NPD-Haushalts aus (Spenden 32 %, Mitgliedsbeiträge 18 %)
3. Ein NPD-Verbot erleichtert das juristische Agieren gegen Neonazi-Aktivitäten, denn dann können Nazis z.B. bei Anmeldungen von Kundgebungen nicht mehr unter dem besonderen Schutz einer zugelassenen Partei agieren.
4. Ein NPD-Verbot entzieht den Rechtsextremen in den Augen vieler Protestwähler die Aura der Legitimität und trägt zur Isolation und gesellschaftlichen Ächtung faschistischer Ideologe bei.

Zu den Argumenten der Verbotsgegner

1. *„Ein Verbot wird nur zu einer Neuformierung der Naziszene führen."*: Selbst wenn eine solche Neuformierung gelingt, wäre sie kein Ersatz für eine staatlich mitfinanziere Partei, die bereits im Vorfeld von Wahlen garantierten Zugang zu den Massenmedien hat.
2. *„Ein Verbot führt zu einer Radikalisierung der Mitglieder, die sich dann in den Freien Kameradschaften reorganisieren"*: Es bestehen bereits heute enge Verbindungen zwischen NPD und Kameradschaften. Ein NPD-Verbot würde die Kameradschaften deshalb gleich mit schwächen. Weil die NPD auf die Kameradschaftsaktivisten als Fußtruppen angewiesen ist, tragen diese bereits heute zu einer Radikalisierung der NPD bei.
3. *„Durch einen vom Bundesverfassungsgericht als Bedingung für ein NPD-Verbot genannten Abzug der V-Leute des Verfassungsschutzes aus den Gremien der NPD hätten wir keine Informationen mehr über das Innenleben der Partei und können ihre Verfassungswidrigkeit nicht nachweisen."*: Die V-Leute dienen nicht der Aufklärung, sondern oft fungieren sie als staatlich bezahlte Nazi-Hetzer, die zum Teil sogar zur Radikalisierung der Partei beigetragen haben (so hat der langjährige V-Mann Frenz einige der übelsten antisemitischen Hetzschriften verfasst, die im ersten NPD-Verbotsverfahren als Beweise herhalten sollten). Die Verfassungswidrigkeit der NPD lässt sich schon durch öffentlich zugängliches Material wie Reden und Artikel ihrer Funktionäre beweisen.



5000 Gründe für ein NPD-Verbot, Stellungnahmen unter: www.npd-verbot-jetzt.de

4. *„In einer Demokratie dürfen Meinungs- und Vereinigungsfreiheit grundsätzlich nicht eingeschränkt werden"*: Zunächst mal ist richtig, dass die Linke nicht in den Chor „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" einfallen darf. Andererseits gilt auch: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Er ist kein schutzwürdiges Gedankengut. Und die Geschichte hat gezeigt: Wo Nazis die Möglichkeit haben, werden sie ihre politischen Bestrebungen mit brutalen Mitteln verwirklichen.
5. *„Der Kampf gegen rechts wird von der Regierung als Kampf gegen „Extremismus" geführt. Grundrechtseinschränkungen treffen damit auch und vor allem die Linke."* Das ist richtig. Daher dürfen Linke keinerlei Einschränkungen demokratischer Rechte wie der Versammlungsfreiheit zustimmen. Dies würde immer als Bummerang auf die Linke zurückfallen. Aber ein NPD-Verbot wäre mit den heutigen Gesetzen längst durchführbar. Gerade indem die Regierung sich weigert, die Bedingungen für ein NPD-Verbot zu erfüllen, schafft sie die scheinbare Notwendigkeit weiterer Grundrechtseinschränkungen. Die Gleichsetzung von rechts und links durch das Extremismuskonstrukt muss zurückgewiesen werden, indem konkrete politische Inhalte anstatt das abstrakte Verhältnis zur „Freiheitlich Demokratischen Grundordnung" verglichen werden.
6. *„Die Verbotsforderung appelliert nur an den Staat und schafft so noch Illusionen in Polizei und Justiz. Notwendig ist aber Selbstaktivität der Bevölkerung gegen Rechts."* Das hängt davon ab, wie und in welchem Zusammenhang die Verbotsforderung gestellt wird. Nur wenn die Verbotsforderung im Rahmen einer Massenkampagne aufgestellt wird, wird dieser Druck auf die Herrschenden erzeugt. Die Verbotsforderung sollte also die Konsequenz aus der antifaschistischen Massenaktivität sein und nicht der Ersatz für eine solche Aktivität.
7. *„Ein NPD-Verbot betrifft nur die Organisation. Das faschistische Gedankengut bleibt weiterhin in den Köpfen."* Das ist richtig. Studien belegen, dass 10-15 % der Bevölkerung ein rechtsextremes Weltbild haben. Diese antidemokratischen Einstellungen kommen allerdings nicht zum Tragen, solange sie keine organisatorische Entsprechung finden. Die Verbotsforderung ersetzt die politische Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie nicht, sondern ist Teil des antifaschistischen Kampfes um die Köpfe.

Forderung der LINKEN:

Innerhalb der LINKEN ist das NPD-Verbot umstritten. Einigkeit herrscht in der Forderung nach Abschaltung und Abzug aller V-Leute der Landesämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus den Gremien der NPD – als Voraussetzung für ein neues NPD-Verbotsverfahren und Vorbeugung gegen weitere Staatssteuerung der NPD. Außerdem tritt die LINKE für die Schaffung einer staatlich finanzierten, aber unabhängigen Stelle zur Beobachtung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein.

Büro Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

nationalkonservativen Rechten, ging jedoch in den letzten Jahren Listenverbindungen mit den flämischen Christdemokraten ein, um die auf Bundesebene geltende Fünf-Prozent-Hürde zu überwunden, und gehörte von 2004 bis 2008 vorübergehend (mit einem Minister, Geert Bourgeois) der belgischen Zentralregierung in Brüssel an. Aufgrund ihres wesentlich „moderateren" gesellschaftspolitischen Profils dürfte sie jedoch nicht dasselbe Publikum wie der VB haben, während die populistische LDD in stärkerem Ausmaß dieselbe potenzielle Wählerschaft anspricht.

Wallonien: Chaoshaufen FN

Um die extreme Rechte in Wallonien ist es derzeit eher schlecht bestellt. Ihre wichtigste Kraft war seit längerem der 1985 gegründete Front National (FN), der sich zwar an das Vorbild der gleichnamigen französischen Partei unter Jean-Marie Le Pen anlehnte, aber dabei in der Öffentlichkeit ein wesentlich extremistischeres und randständigeres Profil hatte. Zeitweise existierte eine (aufgrund personeller Querelen 1995 entstandene) Abspaltung unter dem Namen FNB für „Neue Front Belgiens", die seit Anfang 2009 jedoch vom belgischen FN wieder absorbiert worden ist. Diese Partei, die 2007 ihren Gründer und früheren Vorsitzenden Daniel Féret ausschloss, ist seit Monaten nur noch in Negativschlagzeilen geraten. In den Jahren 2007 und 2008 war der Abgeordnete Michel Delacroix – der zuvor dem belgischen Blindenverband präsidierte, jedoch aufgrund seiner politischen Tendenzen dort zum Rücktritt gedrängt wurde – zeitweise ihr Vorsitzender. Er musste jedoch zurücktreten, nachdem Anfang November 2008 ein Video auftauchte, in dem man ihn dabei sehen und hören konnte, wie er ein – gelinde ausgedrückt – geschmackloses „Liedchen" über die Judenvernichtung trällerte. (Auf dem Video sieht man in derselben Szene auch einen Politiker des Vlaams Belang auftauchen, Luc Vankeerberghen. Während die offizielle Parteiposition des VB strikt pro-israelisch ist – aufgrund der Auffassung, Europa solle sich von der militärischen Wehrbereitschaft Israels sowie seiner Politik der Härte gegenüber der Arabern inspirieren lassen – hat auch die flämische rechtsextreme Partei ihre Skandale mit Antisemiten und Auschwitzleugnern. Ihr früherer Vizevorsitzender von der Gründung 1979 bis im Jahr 2001, Roeland Raes, wurde am 12. Dezember 2008 in Brüssel wegen Holocaustleugnung zu vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Ihm wurden Äußerungen in einem Interview, das er am 31. Mai 2001einem holländischen TV-Sender gegeben hatte, vorgeworfen.)

Schon zuvor war bekannt, dass Delacroix eine gewisse Faszination für den deutschen Nationalsozialismus pflegte, aber auch für die belgische Kollaborateursbewegung der „Rexisten" in den Jahren 1940-44, deren Chef Léon Dégrelle er vor seinem Tod getroffen hatte. Auf dem Foto, das ihn gemeinsam mit Léon Dégrelle zeigt, sieht man auch Patrick Sessler – denselben Sprecher des belgischen FN, der nach dem Auftauchen des Videos mit dem Lied über „Die kleine Jüdin in Dachau" im November 2008 im Namen der Partei (schriftlich) die Distanzierung von Delacroix erklärte. Michel Delacroix hatte noch 2005 öffentlich Sympathien für den belgischen Nazikollaborateur geäußert, und im Jahr 2007 hatte er bei seinem Amtsantritt als Senator seinen Eid mit dem Nazigruß abgelegt. Heute hat er offiziell keine Funktion beim belgischen FN mehr inne, er zählt aber noch zu dem Kreis um den neuen Parteichef Daniel Hugyens.

Im Vorfeld der Europaparlaments- und der belgischen Regionalwahlen im Juni dieses Jahres zeigten sich die beiden „Clans" um den früheren Parteichef Daniel Féret und um den jetzt (seit Dezember 2008) amtierenden Vorsitzenden Huygens bis aufs Messer zerstritten. Beide versuchten eine Liste aufzustellen und beanspruchten dafür den Parteinamen und das Parteisymbol – eine spitze Flamme in den drei Nationalfarben, die (indirekt) vom italienischen MSI respektive (unmittelbar) vom französischen FN übernommen worden war – für sich. Im März 2009 entschieden jedoch die Gerichte, dass nur die Fraktion um Daniel Huygens antreten und dafür den Parteinamen benutzen darf. (Le Pen wiederum zürnt nun auf den belgischen FN und forderte ihn gar auf, den bei den Franzosen abgeguckten Parteinamen und das Parteisymbol nicht mehr zu benutzen – nachdem die belgische Partei erklärt hatte, man distanziere sich von Le Pen, weil jener Ende März 2009 seine Einstufung der ‚Frage' der historischen Existenz der Gaskammern vor dem Europäischen Parlament ein weiteres Mal als „Detail der Geschichte" bezeichnet hatte.)

Aufgrund der zahllosen Skandale in jüngerer Zeit und ihrer Zerstrittenheit dürfte die wallonische extreme Rechte kaum das Niveau ihrer früheren Wahlergebnisse erhalten. Der FN im französischsprachigen Teil Belgiens hatte früher bei den meisten Wahlen im Durchschnitt rund 5 % der Stimmen auf sich vereinigen können, bei der Europawahl im Juni 2004 waren es 7,45 %. Momentan wird er dieses Ergebnis wohl kaum wiederholen können.

Bernhard Schmid, Paris ■

a.i.d.a. aus Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus ausgeschlossen

München. Seit eineinhalb Jahren ist die „Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus" (LKS) beim Bayerischen Jugendring (BJR) angesiedelt. Bei der LKS hat sich ein Beratungsnetzwerk aus Institutionen, Organisationen und ExpertInnen gebildet, die hier zusammenarbeiten.

Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a.) wurde am Freitag, den 24. April 2009 offiziell aus dem Beratungsnetzwerk ausgeschlossen. Grund des erzwungenen Ausschlusses ist die unbelegte Behauptung des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, a.i.d.a. sei eine „linksextremistische Organisation", die demokratische Institutionen unterwandere. Der zweite Präsident des bayerischen Jugendrings (BJR) Christof Bär erklärte gegenüber dem a.i.d.a.-Vorstand, dass er sich leider gezwungen sehe, eine vom bayerischen Kultusministerium auf Betreiben des Innenministeriums erlassene Weisung zu befolgen. Nach wie vor gebe es jedoch keine inhaltliche Begründung für diese Maßnahme. Damit endet eine eineinhalbjährige Zusammenarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus in Bayern. Auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung versorgte a. i.d.a. die vor Ort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „Mobilen Interventionsteams" (MIT) der LKS mit Hintergrundinformationen über rechte Aktivitäten in den jeweiligen Landkreisen und Kommunen. Nicht erst der Skandal um die Diffamierung von a.i.d.a. wirft die Frage auf, inwieweit ein sinnvolles Engagement gegen Rechtsextremismus möglich ist, solange die LKS in einer solchen Abhängigkeit von den bayerischen Ministerien steht.

Die bayerische Staatsregierung versucht offensichtlich, zivilgesellschaftliche Netzwerke von unabhängigen, nicht weisungsgebundenen Initiativen zu säubern. Bereits zu Beginn der Arbeit der LKS wurde die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) als „linksextremistische Vereinigung" ausgeschlossen.

Auch in der konkreten Arbeit vor Ort gibt es Schwierigkeiten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LKS beschweren sich zunehmend, bei Anfragen bei Polizei oder Behörden keine oder nur völlig unzutreffende Informationen erhalten zu haben.

„Die Situation ist grotesk", bringt es a.i.d.a.-Vorstand Marcus Buschmüller auf den Punkt. „Eingebracht hat a.i.d.a. das ehrenamtliche Engagement gegen Rechts Bespitzelung,Rufschädigung, die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht als angebliche „Linksextremisten", den drohenden Entzug der Gemeinnützigkeit und somit die Gefährdung der weiteren Vereinsarbeit."

a.i.d.a. e.V., www.aida-archiv.de ■

Protest gegen Gebirgsjägertreffen in Mittenwald:

Kriegsverbrecher-Gedenkstätte gesperrt

Der Aktionskünstler Wolfram Kastner und AktivistInnen der DFG-VK haben heute gegen Wehrmachtsglorifizierung und das Jahrestreffen der Gebirgstruppen protestiert, das am kommenden Sonntag erneut auf dem Hohen Brendten zelebriert wird. Dafür wurde eine im Zentrum der Stadt Mittenwald gelegene Kapelle symbolisch gesperrt, in der Original-„Gefallenen“-Anzeigen aus dem Zweiten Weltkrieg ausgestellt sind – mitsamt Hakenkreuzen. Zwei geschminkte Soldaten im Flecktarn stellten mit Bildern von Kriegsopfern und einem Transparent klar: „Soldaten sind Mörder, keine Helden!“

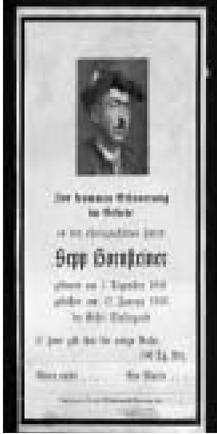
Wegen der erwarteten Proteste sind die hakenkreuzverseuchten „Ehrentafeln“ vorübergehend aus der Kapelle evakuiert worden. Zu den dort Geehrten gehört auch Oberstleutnant Josef Salminger, dessen „Heldentod“ gerühmt wird. Salminger hat sich selbst als Führer eines „Hitler’schen Regiments“ bezeichnet. Unter seinem Kommando ermordeten Gebirgstruppen am 16. August 1943 im griechischen Kommeno 317 Menschen. In den Wochen davor und danach wüteten Salmingers Truppen in Griechenland und Albanien und verübten Dutzende von Massakern an der Zivilbevölkerung. Dieser Kriegsverbrecher verdient keine öffentliche Ehrung!

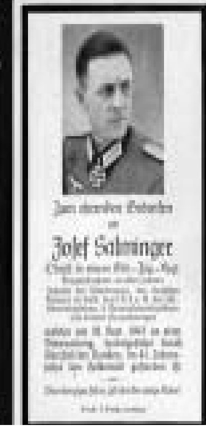
Protest verdient auch das Treiben des Kameradenkreises der Gebirgstruppe, der am Sonntag wieder zum „Heldengedenken“ ruft. Diese Traditionsvereinigung bedient den Mythos der „sauberen Wehrmacht“ und suggeriert, ihre Gebirgstruppen hätten einen tapferen, anständigen Krieg geführt.

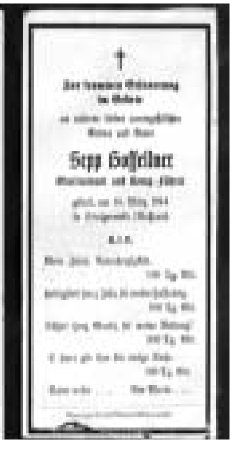
Die Bundeswehr leistet dieser Leugnung faschistischer Verbrechen tatkräftige Beihilfe mit Pauken und Trompeten: In diesem Jahr will sie 50 Musiker abstellen. Außerdem wird der Inspekteur des Heeres, General Hans-Otto Budde, eine Ansprache halten.

Mehr unter: www.mittenwald09.tk ■






Josef Salminger



VVN-BdA protestiert gegen Ehrung durch die Bundeswehr

Die Bundeswehr hat ihren Heeresinspekteur Hans-Otto Budde als Redner zur alljährlichen Gedenkfeier des Kameradenkreises Gebirgstruppe am 17. Mai am Hohen Brendten bei Mittenwald nominiert. Bei dieser Feier werden die 1. Gebirgsjägerdivision und andere Einheiten der Wehrmacht, denen Massenverbrechen vorgeworfen werden, geehrt.

Dies geschieht in einer Zeit, da Mitglieder des Kameradenkreises in Deutschland und Italien wegen der Beteiligung an diesen Verbrechen vor Gericht stehen. Aus diesem Anlass erinnern die Vorsitzenden der VVN-BdA an den noch immer gültigen Traditionserlass der Bundeswehr, in dem es heißt: „Ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich kann Tradition nicht begründen.“ Deshalb protestiert die VVN-BdA gegen den geplanten Auftritt des Heeresinspekteurs und fordert Generalleutnant Budde auf, von seiner Beteiligung an dieser Veranstaltung Abstand zu nehmen! Regelmäßig haben im Ausland verurteilte und bisher juristisch noch nicht belangte Kriegsverbrecher an den Treffen des Kameradenkreises Gebirgstruppe auf dem Hohen Brendten teilgenommen. Statt sich von diesen Mitgliedern zu distanzieren, versucht der Kameradenkreis uns gerichtlich verbieten zu lassen, weiter „über das Wirken des Kameradenkreises der Gebirgstruppe e. V. aufzuklären. Am 20. Mai 2009 wird das Landgericht Nürnberg über einen entsprechenden Antrag des Kameradenkreises gegen unseren Bundessprecher Ulrich Sander befinden.

Wir hoffen, dass am 64. Jahrestag der Befreiung Europas von der faschistischen Terrorherrschaft, an der auch die Gebirgstruppe der Wehrmacht einen unrühmlichen Anteil hatte, klar gestellt wird, dass sich historische Tatsachen nicht verbieten lassen!

aus PM VVN-BdA www.vvn-bda.de ■

Die Gedenkstätte KZ Kochendorf muss bleiben!

Heilbronn. Die Südwestdeutschen Salzwerke Heilbronn (SWS) wollen für die geplante Sanierung des Besucherbergwerks Bad Friedrichshall-Kochendorf in Höhe von 3 Mio. Euro nicht alleine aufkommen und fordern finanzielle Unterstützung von der Stadt, dem Landkreis und dem Land Baden-Württemberg. Andernfalls soll das Besucherbergwerk und damit auch die Gedenkstätte KZ Kochendorf geschlossen bleiben. Die endgültige Entscheidung soll bei der Finanzsitzung des SWS-Aufsichtsrates im Oktober 2009 getroffen werden.

Das Konzentrationslager Kochendorf war ein Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof. Es wurde im September 1944 im Ortsteil Kochendorf der Gemeinde Bad Friedrichshall eingerichtet. Das KZ war eines der so genannten Neckarlager und mit bis zu 1800 Häftlingen belegt. Ende März 1945 wurden die Lagerinsassen vor den heranrückenden alliierten Truppen durch einen Todesmarsch von der SS ins KZ Dachau getrieben. Während des Lagerbetriebs und bei diesem Todesmarsch kamen mindestens 447 Häftlinge ums Leben.

Die Miklos-Klein-Stiftung macht sich zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten (LAGG) für den Erhalt der Gedenkstätte KZ Kochendorf stark.

Die LAGG hat eine Resolution verabschiedet, die bereits den Landtagsfraktionen, dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger, den Gesellschaftern und allen SWS-Aufsichtsratsmitgliedern vorgelegt wurde.

Unterstützungsunterschriften für den Erhalt der Gedenkstätte unter: www. kz-kochendorf.de/petition.html ■

Erneute Abschiebung von Mohammed Sbaih geplant!

THÜRINGEN. Zum dritten Mal versucht jetzt die Ausländerbehörde Eisenach Mohammed Sbaih, palästinensischer Flüchtling aus dem Westjordanland, abzuschieben. Die erneute Abschiebung ist für Dienstag, den 12. Mai 2009 geplant. Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. fordert den sofortigen Stopp der Abschiebemaßnahmen von Mohammed Sbaih und die Beendigung dieser schikanösen Maßnahmen!

„Bislang wurden keine Rückführungen in das Westjordanland vorgenommen, so dass sich der Verdacht aufdrängt, dass hier ein Exempel für Rückführungen in palästinensische Gebiete und für den beispielhaften Umgang mit Menschen geschaffen werden soll, die öffentlich Missstände kritisierten“ so Ellen Könneker vom Flüchtlingsrat Thüringen.

Erst im Dezember 2008 hatte das Verwaltungsgericht Meiningen in letzter Minute die geplante Abschiebung am 16.12.2008 gestoppt, da nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte, ob Mohammed Sbaih überhaupt in das Westjordanland einreisen kann. Zudem ist zur Zeit ein Gerichtsverfahren anhängig, in dem geprüft wird, ob Herrn Sbaih eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erteilt werden muss.

Mohammed Sbaih engagierte sich besonders bei den Protesten in der Gemeinschaftsunterkunft im Thüringischen Katzhütte und prangerte dort die Lebensbedingungen an. Anfang Mai 2008 wurde Mohammed Sbaih bereits im Rahmen einer Zwangsumverteilung von Katzhütte nach Eisenach gebracht, weil er einer der Köpfe des anhaltenden Protestes gegen die Zustände in der Gemeinschaftsunterkunft Katzhütte war.

Pressemitteilung des Flüchtlingsrates Thüringen e.V.
www.fluechtlingsrat-thr.de ■

Massenabschiebung mit Air Berlin nach Vietnam

BERLIN. In den Tagen vor dem 8. Juni heißt es aufpassen für und auf abschiebebedrohte Flüchtlinge aus Vietnam. Am 8. Juni will die Bundespolizei mehr als 100 Menschen von Berlin nach Hanoi in Vietnam abschieben. Erfahrungemäß werden bei geplanten Abschiebungen die Betroffenen häufig kurz vorher zu einem Termin einbestellt und dann unerwartet zur Abschiebung in Haft genommen. Die Maschine für die Abschiebungen stellt Air Berlin, gechartert wird sie im Auftrag der Bundespolizei von der Firma Air Partner im nordrhein-westfälischen Bergisch Gladbach.

Der Abschiebeflug soll am 8. Juni um 15.00 Uhr UTC in Berlin-Schönefeld starten und in Hanoi um 01.25 UTC landen. Der Flug trägt die Flugnummer AB1130. Zuvor gibt es einen Zubringer mit der Flugnummer AB113F um 13.15 Uhr UTC ab Tegel nach Schönefeld. Der Rückflug soll am 10. Juni 2009 von Hanoi kommend um 15.30 Uhr UTC in Berlin-Schönefeld eintreffen.

Durchgeführt wird der Flug von der Fluglinie Air Berlin mit Sitz in Berlin (Telefon 030-34 34 15 00, Telefax 030-34 34 15 09, E-Mail: abpresse@airberlin.com). Auftraggeber ist die Bundespolizei bzw. die EU, abgewickelt wird der Abschiebeflug von der Charter-Firma Air Partner aus Bergisch-Gladbach (Telefon 02204-950 50, Telefax 02204 95 051, E-Mail: germany@airpartner. com).

Mit dem Flug sollen mehr als 100 vietnamesische Menschen abgeschoben werden. Es sollen auch ganze Familien, also auch Frauen und Kinder abgeschoben werden. Um die zwangsabgeschobenen Menschen unter Kontrolle zu halten, befinden sich 60 Bundespolizisten mit in der Maschine.

In der Vergangenheit hat es immer wieder Aktionen gegen Abschiebeflüge gegeben, manchmal konnten auch die Abgeschobenen selbst die Flüge durch ihren Widerstand verhindern.

Quelle: indymedia, Flüchtlingsini No borders no nations, Berlin 25.4.09 ■

Bootsflüchtlinge: Abgefangen, abgedrängt und inhaftiert in Libyen

ITALIEN. Die italienische Küstenwache hat am 7.5.und am 9./10.5. vier Flüchtlingsschiffe in internationalen Gewässern aufgebracht und nach Libyen zurückgedrängt. Den insgesamt etwa 500 Bootsflüchtlingen – unter ihnen mehrere schwangere Frauen und zahlreiche Kinder – wurden alle elementaren Menschenrechte vorenthalten.

„Bootsflüchtlingen und Schiffbrüchigen Hilfe und Schutz zu verweigern und sie stattdessen wie Stückgut in die Haftlager einer Diktatur zurückzuschicken, ist unmenschlich und beschämend. Die Aktionen der italienischen Küstenwache verletzen internationales Flüchtlingsrecht und die Menschenrechte“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

Der rechtspopulistische Innenminister Roberto Maroni jubelt und spricht von einem „historischen Tag“ im Kampf gegen „illegale Einwanderung“ und von einem „Modell für Europa“. Die EU-Kommission hält sich bis jetzt auffallend bedeckt. An den europäischen Grenzen werden die Menschenrechte mit Füßen getreten und die Hüterin der EU-Verträge schweigt zu diesen ungeheuerlichen Vorgängen. Schlimmer noch:

EU-Kommissar Jacques Barrot wird in verschiedenen Meldungen zitiert mit der Äußerung, er sei zufrieden, wie diese Situation gelöst wurde. Ein beteiligter Beamter der italienischen Küstenwache hatte zwar nicht die Kraft den Befehl zu verweigern, aber er ist immerhin noch in der Lage, Scham über diese Tat zu empfinden:

„Es waren schwangere Frauen und Kinder an Bord. Viele waren gesundheitlich in kritischem Zustand. Wir mussten dem Befehl gehorchen, aber ich schäme mich für das, was wir getan haben. Ich werde es meinen Kindern nie erzählen.“

PRO ASYL begrüßt die klaren und unmissverständlichen Verurteilungen dieses Völkerrechtsbruches durch den Europarat, den Vatikan, den UNHCR und das breite zivilgesellschaftliche Bündnis „Tavolo Asilo“ in Italien. PRO ASYL fordert die EU-Kommission auf, sich unmissverständlich zu den Menschenrechtsverletzungen Italiens zu äußern und sich dafür einzusetzen, dass das EU-Mitgliedsland diese völkerrechtswidrigen Praktiken unverzüglich beendet.

„Wenn Europa nicht bereit ist, diesen hundertfachen Völkerrechtsbruch zu sanktionieren und zu beenden, verliert es den letzten Rest von menschenrechtlichem Anstand“, so Karl Kopp.

Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL, Presseerklärung 11. Mai 2009 ■

Kundgebung in Erfurt:
Protest gegen Residenzpflicht – Für die Freilassung von Felix Otto
Am Samstag, 30. Mai 2009, um 14.00 Uhr, Am Anger
Infos unter: http://thevoiceforum.org

Europäischer Menschenrechtsgerichtshof klagt Italien wegen Zurückweisungen nach Griechenland an

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat die Klagen der Flüchtlinge aus Patras, Griechenland angenommen. Die italienische Regierung wird wegen der Verletzung der Menschenrechte bei 35 afghanischen und sudanesischen Asylsuchenden, unter ihnen viele Minderjährige, vor Gericht gestellt werden. Die Asylsuchenden waren ohne jegliche Formalitäten und Befragung sofort wieder aus einem italienischen Hafen nach Griechenland zurückgeschoben worden. Sie hatten keinerlei Chance auf eine Asylantragsstellung in Italien. Die Klagen sind von den RechtsanwältInnen Alessandra Ballerini und Luca Mandro mit der Untersützung des Juris-

ten und Menschenrechtlers Fulvio Vassallo Paleologo aus Palermo eingereicht worden. Mithilfe von Vollmachten, die in Patras gesammelt worden sind konnten die Klagen eingereicht werden. Die Flüchtlinge waren nach der Rückschiebung aus Italien einige Tage lang in Containern des Kommissariats am Hafen festgehalten worden. Dann werden sie meist freigelassen und kehren in die Barackenstädte zurück, in denen tausende von Flüchtlingen leben und jede Nacht aufs Neue versuchen, die Fähren nach Italien zu besteigen. Der Menschenrechtsgerichtshof will ebenso Griechenland für die Verletzung der fundamentalen Menschenrechte anklagen, auch wenn hier noch keine Klagen eingereicht wurden.

Seit Jahren sind die Häfen Venedig, Ancona, Bari und Brindisi die Eingangstore für die Flüchtlinge aus Griechenland. In 2008 wurden 5.644 Menschen von Griechenland zurückgenommen, so das Innenministerium. Unter ihnen viele Minderjährige. Die Organisationen, die in den Häfen den Asylsuchenden eine Antragstellung ermöglichen sollen, werden oftmals nicht einmal informiert, wenn Flüchtlinge auf den Schiffen sind. Der CIR (italienischer Flüchtlingsrat) erklärt, in 2008 allein in Venedig bei 138 Fällen assistiert zu haben, unter ihnen 42 Afghanen und 64 Iraker. Die venezianischen Behörden erklären hingegen, im selben Zeitrum 1610 Personen nach Griechenland zurückgeschoben zu haben! Das bedeutet, 91% der Flüchtlinge, die sich nach Venedig eingeschifft hatten, hatten keine Chance auf eine Asylantragstellung. Das passiert auch in den anderen Häfen. In Ancona wurden 2106 Menschen zurückgewiesen, nur 259 wurden durch den CIR betreut. In Brindisi waren es 184 Betreute, aber 730 Zurückgeschobene. Aus Bari wurden 1198 Menschen wieder nach Griechenland verfrachtet.

Man muss dazu sagen, dass nicht alle Betroffenen einen Asylantrag in Italien stellen wollen, ihr Ziel ist oftmals England oder Nordeuropa, doch aufgrund der z.B. in Italien abgegebenen Fingerabdrücke haben sie keine Chance, dort einen Asylantrag zu stellen.

Griechenland hat die niedrigste Anerkennungsquote für Flüchtlinge: ca 2 % im Gegensatz von sonst an die 20 % in Europa (mit jedwedem Schutz). Tragische Ironie: niemals ist ein Iraker als Flüchtling anerkannt worden. Man kann also sagen, dass Griechenland den Flüchtlingsschutz nicht erteilt. Die deutsche NGO PRO ASYL schreibt nach einer Untersuchung im Oktober 2008: „Griechenland ist nicht in der Lage, die Minimalstandards eines Asylverfahrens zu garantieren." Von 10.165 gestellten Asylanträgen in der ersten Hälfte 2008 wurden 8387 abgelehnt.

Quelle: jg@borderline-europe.de - flucht@nds-fluerat.org ■



Postkartenaktion zum Cap-Anamur Prozess

ITALIEN. Der Prozess gegen Elias Bierdel und Kapitän Stefan Schmidt von der Cap Anamur spitzt sich zu: Die Staatsanwaltschaft in Agrigento/Italien fordert je 4 Jahre Haft und 400.000 Euro Geldstrafe für die Rettung von 37 schiffbrüchigen Flüchtlingen im Mittelmeer im Jahr 2004. Noch im Mai oder Juni diesen Jahres ist mit der Urteilsverkündung zu rechnen.

Die Ökumenische BAG Asyl in der Kirche und PRO ASYL starten daher gemeinsam eine Solidaritätsaktion. Sie protestieren entschieden gegen die Kriminalisierung der Rettung von Flüchtlingen und fordern den Freispruch der beiden Angeklagten, denn „Humanitäre Hilfe ist niemals ein Verbrechen!".

Es wurde eine Postkarte entworfen, um die Proteste zuorganisieren. Die Idee ist, dass möglichst viele Gruppen und Organisationen die Postkarte drucken und verteilen und dass auf diese Weise viele Postkarten den italienischen Justizminister im Mai und Juni 2009 erreichen. Die Karte wird außerdem auf englisch und italienisch international verteilt .

Wer keine Möglichkeit hat, Karten nachzudrucken, dem schicken die Organisatoren auch gerne welche zu – Bestellungen mit Anzahl bitte umgehend an info@kirchenasyl.de.

Jeder und jede kann Elias Bierdel und Stefan Schmidt unterstützen und gegen die Kriminalisierung von Flüchtlingshilfe Protest einlegen! Da der nächste Prozesstag (20. Mai 2009) näher rückt, unbedingt schnell agieren!

Fanny Dethloff, Verena Mittermaier, Katrin Sambarth, Ökumenische BAG Asyl in der Kirche ■

Kettenduldungen beenden – humanitäres Bleiberecht sichern

BERLIN. Zwei Jahre nach dem ersten ökumenischen Aufruf der beiden Kirchen „Für eine humanitäre Umsetzung der Bleiberechtsregelung" und angesichts des nahenden Fristendes für Anträge nach der gesetzlichen Altfallregelung am 31.12.09 nehmen die Ev. Kirche Deutschlands, die Deutsche Bischofskonferenz und die Wohlfahrtsverbände erneut Stellung:

◗ Die Bleiberechts- bzw. Altfallregelung war zwar ein Schritt in die richtige Richtung; viele humanitäre Probleme sind jedoch nach wie vor ungelöst.

◗ Eine vorläufige Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung macht deutlich, dass von den ca. 100.000 Menschen, die Ende 2006 seit mindestens sechs Jahren mit einer Duldung in Deutschland lebten, bisher nur etwa die Hälfte eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben. Lediglich rund 6.500 von ihnen haben eine über den 31.12.2009 hinaus gesicherten Aufenthaltstitel erhalten, der den Rückfall in den prekären Status der Duldung verhindert.

◗ Weiterhin leben in Deutschland über 102.000 Menschen mit einer Duldung, davon über 63.000 seit mehr als sechs Jahren. Auch für sie muss eine angemessene Lösung gefunden werden.

Die Kirchen treten seit vielen Jahren dafür ein, die Praxis der so genannten „Kettenduldungen" zu beenden und Menschen, denen aus verschiedensten Gründen eine Ausreise nicht zugemutet werden kann, eine Aufenthaltsperspektive zu ermöglichen.

Viele Familien haben sich trotz der Schwierigkeiten, die der Duldungsstatus mit sich bringt, im Rahmen des Möglichen integriert. Ihre Kinder sind häufig in Deutschland geboren, besuchen den Kindergarten oder die Schule und haben kaum Bezugspunkte zum Herkunftsland ihrer Eltern. Die Betroffenen dauerhaft in einem Status der Ungewissheit zu belassen, wird dem Grundbedürfnis der Menschen nach einer verlässlichen Lebensperspektive nicht gerecht. Der bereits vorhandene Spielraum des Aufenthaltsgesetzes, aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wird von den Ausführungsbestimmungen auf Bundes- und Landesebene allzu stark eingeschränkt.

Neben einer entsprechenden Anpassung der Verwaltungsvorschriften und der Umsetzung des Gesetzes in den Ländern muss auch das Aufenthaltsgesetz selbst weiterentwickelt werden. Personen, die in Deutschland integriert sind und denen daher die Ausreise nicht mehr zugemutet werden kann, sollten eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten.

⟶

Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Deutsche Bischofskonferenz und ihre Wohlfahrtsverbände Diakonisches Werk und Deutscher Caritasverband fordern deshalb:

◗ Die Fristen der gesetzlichen Altfallregelung müssen verlängert werden.

Die in der Altfallregelung vorgesehenen Fristen, innerhalb derer die Antragsteller ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig sichern müssen, sind zu kurz bemessen, zumal die Betroffenen meist viele Jahre keinen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten. Die Zeit bis zum 31.12.2009 reicht – gerade angesichts der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise – nicht aus, um sich auch beruflich zu integrieren und fortzubilden. Ein Beharren auf den Stichtagen würde dazu führen, dass die gefundene Lösung zu einer Scheinlösung wird und den Menschen weiterhin keine Perspektive eröffnet. Angesichts der für die Betroffenen extrem belastenden Situation muss diese Entscheidung so bald wie möglich getroffen werden.

◗ Humanitäre Gesichtspunkte müssen angemessen berücksichtigt werden. Die Anforderungen an die Sicherung des Lebensunterhalts sind zu hoch – das gilt in besonderem Maße für kinderreiche Familien oder Alleinerziehende. Für diejenigen, die unverschuldet keine Chance haben, die Ansprüche zu erfüllen, müssen Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Insbesondere kranken, traumatisierten, alten oder pflegebedürftigen Menschen soll auch ohne eigenständige Lebensunterhaltssicherung ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewährt werden können.

◗ In der Beurteilung der Ausschlussgründe und der Mitwirkungspflichten muss der Einzelfall angemessen gewürdigt werden können. Die umsetzenden Behörden sollten auch in der Beurteilung geringfügiger Verfehlungen in der Vergangenheit und der Erfüllung der Mitwirkungspflichten bei der Ausreise (z.B. dem Beschaffen gültiger Ausweispapiere) einen Spielraum für die Würdigung des Einzelfalls haben und auch davon Gebrauch machen. Maßgebliches Kriterium für die Entscheidung sollte dabei die Integrationsprognose sein.

◗ Die Trennung von Familien soll vermieden werden.

Der Ausschluss der ganzen Familie von der Bleiberechtsregelung bei Verfehlungen eines einzelnen Familienmitgliedes ist höchst problematisch. Vor allem dürfen Eltern nicht unter Druck gesetzt werden, Deutschland zu verlassen, um ihren Kindern ein Bleiberecht zu ermöglichen. In diesen Fällen kommt es maßgeblich auf das Kindeswohl an, so dass eine Trennung von Familien in der Regel nicht die richtige Lösung sein kann.

Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz 11.05.2009 ■

Kampagne save me – Flüchtlinge aufnehmen!

Seit knapp einem Jahr gibt es jetzt die bundesweite Kampagne: save me – Flüchtlinge aufnehmen. In den zurückliegenden Monaten hat sich eine Menge ereignet. Wir sind unserem Ziel, Deutschland zu einer Teilnahme an einem Resettlementprogramm zu bewegen, vielleicht ein kleines Stück näher gekommen. …

Die Kampagne in Zahlen:

Derzeit gibt es 34 aktive save me Kampagnen in Städten und Gemeinden in ganz Deutschland. Darüber hinaus entstehen ständig neue lokale Kampagnen, derzeit in Nürnberg, Fürth, Erlangen, Bielefeld, Freiburg und einigen Städten mehr. Insgesamt wurden in den Städten 2.872 lokale Paten und Patinnen gewonnen. Auch die bundesweite Kampagne erfährt wachsende Unterstützung. Dort haben sich mittlerweile 631 persönliche Unterstützer und Unterstützerinnen eingetragen. Über 50 bundesweite und regionale Organisationen bekennen sich zu save me, darunter amnesty international, der AWO-Bundesverband, der Paritätische Gesamtverband, der deutsche Frauenrat, ver.di und andere. Die ersten lokalpolitischen Erfolge sind da: in München, Aachen, Kiel, Düsseldorf, Erfurt und Tübingen haben die Stadträte positive Beschlüsse zur Aufnahme von Flüchtlingen gefasst.



Mit breitem Bündnis ins Wahljahr

2009 ist das Superwahljahr mit einer anstehenden Europa- und einer Bundestagswahl. Wir wollen uns in die zu erwartenden Diskussionen einbringen, sie anstoßen und laut und hörbar die Stimme für die Aufnahme von Flüchtlingen erheben. Deshalb werden wir uns in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt in die Öffentlichkeit wagen. So wird die Kampagne auf dem evangelischen Kirchentag in Bremen vorgestellt, geht auf Tour mit der Rockband „Die Toten Hosen" und wird mit kreativen und spontanen Aktionen in ganz Deutschland präsent sein. Am 15. Mai 2009 treffen sich zudem Vertreter und Vertreterinnen aller lokalen Kampagnen in Frankfurt, um die Vernetzung der Kampagne voranzutreiben.

Die irakischen Flüchtlinge kommen – ein erster Schritt ist getan. 10.000 irakische Flüchtlinge werden europaweit aufgenommen. Davon sollen 2.500 nach Deutschland kommen. Die ersten Flüchtlinge aus diesem Kontingent kamen Mitte März, insgesamt dürften gut 300 inzwischen hier sein. Angesichts des Bedarfs an sicheren Aufnahmeplätzen kann die Aufnahme von 2.500 nur ein Anfang sein. Dennoch freuen wir uns mit den ankommenden Flüchtlingen über die neu gewonnene Lebensperspektive. Zudem können wir und unsere Paten und Patinnen endlich ganz konkret unter Beweis stellen, wie ernst wir unsere angekündigte Unterstützung meinen.

So gibt es zum Beispiel in München, deren save me Kampagne 985 Paten und Patinnen vereint, bereits vielfältige, ehrenamtliche Aktivitäten. Flüchtlinge erhalten Sprachkurse, Sachspenden, Hilfe beim Fahrradreparieren, bei der Wohnungssuche, bei Ämtergängen oder sie werden einfach nur zu Ausflügen und Erkundungstouren in die Stadt eingeladen. Schon nach wenigen Wochen zeigt sich, der Aufnahmeprozess der Flüchtlinge nimmt eine rasant positive Entwicklung, wenn ihre Aufnahme von der Gesellschaft mitgetragen und begrüßt wird. Das macht Mut.

Wir sind noch lange nicht am Ziel

Der Anfang ist gemacht. Die save me Kampagne will jedoch mehr erreichen. Unser Ziel: Flüchtlinge sollen hier regelmäßig und dauerhaft Schutz und Aufnahme finden. Pro Asyl trägt und stützt die Kampagne und hat eine Reihe von Materialien erstellt, die auf der Kampagnenwebsite www.save-me-kampagne.de angesehen und bestellt werden können.

Wir laden Sie ein, unterstützen Sie uns, werden Sie aktiv, gründen Sie in Ihrer Stadt oder Gemeinde eine lokale save me Kampagne und bewegen Sie ihre lokalen Abgeordneten und Lokalpolitiker dazu, zur Flüchtlingsaufnahme Stellung zu beziehen. Falls Sie bislang als Unterstützer/in einer lokalen save me initiative vertreten sind:

Bereichern Sie auch die bundesweiten Kampagnenseite mit Ihrem Statement und tragen Sie sich als Unterstützer/in ein:

http://www.save-me-kampagne.de

Rassismus fängt im Kopf an: Spot des Interkulturellen Rats

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2009 hat der Interkulturelle Rat einen 40-sekündigen Spot zur Kampagne „Rassismus fängt im Kopf an“ veröffentlicht.

Als kurzer Anstoß zum Nachdenken lief er in vielen Stadien der ersten, zweiten und dritten Liga im Fußball und bei Spielen der Basketball-Bundesliga sowie in den Musiksendern VIVA und MTV. Der Spot wurde jetzt in den Medienverleih des Bereichs Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk aufgenommen. Dort kann er heruntergeladen oder als DVD ausgeliehen werden: **www.migration-online.de/medienverleih**

Helfen erlaubt! Rechtliche Hinweise zum Umgang mit Papierlosen

HAMBURG. „Fluchtpunkt“ hat eine neue Broschüre veröffentlicht. Können sich Papierlose an Ärzte wenden? Was passiert, wenn sie ins Krankenhaus müssen? Welche Rechte haben papierlose Menschen? Welche Pflichten haben wir?

Mit der PDF-Broschüre „Helfen erlaubt!“ möchte „Fluchtpunkt“ Menschen, die beruflich, ehrenamtlich oder privat mit papierlosen Menschen zu tun haben, eine Hilfestellung geben. „Natürlich erhebt diese kleine Sammlung von Fragen und Antworten keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ersetzt keinesfalls, die rechtliche Beratung im Einzelfall. Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung,“ schreibt die Organisation dazu. Hier die Einleitung zur Broschüre:

In fast jeder Veröffentlichung zum Thema „schätzen Experten“ die Zahl der „Illegalen“ in Deutschland: Auf rund eine Million (Schätzung des BAMF in 2006), auf 500.000 bis zu 1,5 Millionen oder auf 100.000 bis eine Millionen Menschen. Tatsächlich gibt es keine belastbaren Angaben. Das liegt in der Natur der „Illegalität“. Wenn die „Dunkelziffer“ größer ist als die erfassten Zahlen, ist nichts zu belegen und nichts zu widerlegen. So ist z.B. anlässlich der Fußballweltmeisterschaft plötzlich die Zahl von 40.000 Zwangsprostituierten von allen Medien kolportiert worden, ohne dass sie je belegt wurde. Offiziell unerwünschte Einwanderer sind in Deutschland, wie in jedem anderen Land, Realität und werden es immer sein. Nach dem Gesetz stellen sie eine erhebliche Belastung für unsere Gesellschaft sowie eine Gefährdung für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit dar. Aber die Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, die sie begehen, treffen in erster Linie die „Ordnung“ und niemanden persönlich. Als Täter von Straftaten mit geschädigten Personen sind Papierlose selten.

Da sie vom Sozialstaat kaum profitieren, kosten sie nicht viel und selbst die These, dass sie in ihrer Abhängigkeit von Dumpinglöhnen das allgemeine Lohnniveau senken, ist umstritten.

Manche Ökonomen sagen auch, dass die Wirtschaft von ihrer Existenz insgesamt so sehr profitiert, dass sich dies letztlich sogar positiv auf die reguläre Beschäftigung auswirkt. Zu einem echten Problem könnten sie werden, wenn wir ihre völlige Verelendung, nicht behandelte Krankheiten und unbeschulte Kinder in Kauf nehmen.

Die meisten Industrienationen haben irgendwann eingesehen, dass das so ist und in größeren Abständen auch schon mal Legalisierungskampagnen durchgeführt.

Davon können wir in Deutschland nur träumen. Selbst ordnungsgemäß gemeldete Flüchtlinge mit „Duldung”, die seit Jahren oder gar Jahrzehnten bei uns leben, werden durch unsere Innenminister nur nach zähen Prozessen mit Bleiberechtsregelungen legalisiert, die nur einem Bruchteil der Menschen eine Chance geben. Ansonsten bringen Politiker gern „Asylbewerber”, „Illegale” und „Kriminelle” in einem Satz unter. Wenn wir sie mit der Not der Papierlosen konfrontieren, reagieren sie gern mit Plänen zu einer besseren Bekämpfung illegaler Migration.

Ganz besonders dann, wenn sie von Millionen dieser Menschen lesen oder hören müssen. Wir sollten also im Interesse der Betroffenen sorgsam prüfen, welchen Dienst wir ihnen erweisen, wenn wir die Öffentlichkeit auf sie stoßen, Forderungen formulieren und Studien durchführen, die ihre wahre Zahl, ihre Wohnverhältnisse und ihre Arbeitsplätze beleuchten sollen. Gerade das vermutlich größte Problem, der Zugang zur medizinischen Regelversorgung, wird am ehesten dann gelöst oder zumindest gelindert werden, wenn wir von einer überschaubaren Gruppe und kalkulierbaren Kosten ausgehen.

Sinnvoller wären vermutlich fachbezogene Aufklärungskampagnen. Alle Berufsgruppen, deren Hilfe gefragt ist, sollten informiert sein, wie sie helfen können, dürfen und sogar müssen. Am besten über ihre eigenen Verbände und Organisationen. ■

Download: http://www.fluchtpunkt-hh.de

Die neue Hinterland – Zeitschrift des Bayerischen Flüchtklingsrates ist erschienen, zu beziehen unter: www.hinterland-magazin.de



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

NPD: Parteitag mit Hauen und Stechen

Nation & Europa Mai 2009

Für katastrophal hält THORSTEN THOMSEN offenbar die Ergebnisse des NPD-Parteitags, der im April in Berlin stattfand und mit der Wiederwahl des langjährigen Parteivorsitzenden Udo Voigt endete. „Die NPD nach dem Berliner Parteitag: Gespalten und amputiert" ist sein kritisches Resumee in der Maiausgabe von Nation und Europa überschrieben. Nach dieser Überschrift erwartet niemand einen kühl analysierenden Beitrag – Thomsens Sympathien sind klar verteilt und liegen nicht beim wiedergewählten Vorsitzenden sondern bei Andreas Molau, der auf die Kandidatur verzichtet hatte.

„Für frischen Wind sorgen wollte auch Udo Pastörs, Herausforderer des seit 1996 amtierenden Parteichefs Udo Voigt, dem von innerparteilichen Kritikern eine erhebliche Mitschuld an der Finanzaffäre um den früheren Schatzmeister Erwin Kemna zugesprochen wird. Pastörs bekräftigte dies in seiner Bewerbungsrede um den Parteivorsitz und sprach sich zugleich dafür aus, die Partei auf allen Ebenen zu modernisieren. Aber anders als Molau, der dem Schweriner NPD-Fraktionschef eher unfreiwillig den Vortritt gelassen hatte, vermied es Pastörs, genau zu definieren, wie ein neuer Kurs unter seiner Führung aussehen soll".

In der Tat ging es auf dem Parteitag offensichtlich nicht gerade sanft zu – Schläge unter die Gürtellinie inbegriffen: „Die schärfsten Attacken Voigts zielten wiederum auf Peter Marx, dem er Intrigantentum vorwarf und dabei bewußt mit Gerüchten und Vorwürfen spielte, die über den Saarländer gestreut werden. NPD-Bundesgeschäftsführer Eckart Bräuniger (früher: FAP) hatte seinen Generalsekretär schon vor einiger Zeit mit eindeutigen Anspielungen als ‚Peter Jakob Marx' verhöhnt – ‚wie wir seinen Typus kennen: der ewige Einflüsterer und Strippenzieher im Dunkeln, in äußerlich jovialer Erscheinung, wandelbar wie eine Schlange und glitschig wie ein Aal'. In diesem Stil entfaltete sich auch die Parteitagsdebatte...". Bei solchen Gelegenheiten entpuppen sich die NPD-Mitglieder, unabhängig von jedwedem Willen zur „Modernisierung" als das was sie immer waren: Nazis, bei denen die Denunziation als Jude offenbar eine wirksame Waffe im innerparteilichen Kampf ist.

Diesen Kampf gewann Voigt auf der ganzen Linie: „Mit Rückenwind aus dem Kampf um den Vorsitz hervorgehend, schaffte es Voigt hernach, so gut wie die gesamte Liste seiner Wunschkandidaten für den Parteivorstand durchzudrücken. Diese setzt sich vor allem aus Vertretern des äußerst radikalen Parteiflügels und altbekannten Getreuen zusammen.... Auch im erweiterten Vorstand sind jetzt verstärkt Personen vertreten, die sich als ‚nationale Sozialisten' bezeichnen und ihre NS-Affinität nicht verhehlen" ...Daß in der neuen Führungsriege kein einziger Repräsentant der Landtagsfraktionen aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen vertreten ist, läuft auf eine Amputation des parlamentarischen Arms hinaus. Gerade die sächsische Fraktion galt in den letzten Jahren als Ideenschmiede und wichtiger Impulsgeber der Partei".

Den „sächsischen Weg" fasst der Autor so zusammen: „Dieser stehe ‚für einen gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik stellt und der sich von unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe abgrenzt'".

Wer nach diesen Worten allerdings auf die Idee kommt, der unterlegene Flügel der NPD habe mit dem Nazismus gebrochen, liegt hundertprozentig daneben: Bei der unappetitlichen Auseinandersetzung geht es um taktische Fragen des Auftretens in der Öffentlichkeit und nicht um ideologisch-inhaltliche Unterschiede. Die NPD als ganzes bleibt eine Nazipartei, deren Verbot dringend auf der Tagesordnung steht.

tri ■



Ethnopluralismus und „Neue Rechte" in der DVU

Seit gut zwei Monaten arbeitet das ehemalige NPD-Vorstandsmitglied Andreas Molau für die DVU. Seinen Stempel scheint er der in den letzten Jahren in der Bedeutungslosigkeit zu versinken drohenden rechtsextremen Partei mittlerweile aufgedrückt zu haben. So dürfte etwa das aktuelle Wahlvideo zur Europawahl auf den neuen Pressesprecher der DVU zurückgehen.

In ethnopluralistischer Diktion heißt es dort: „Europas Reichtum sind seine verschiedenen Kulturen und Völker. (...) Wir wollen ein Europa in dem Spanien spanisch bleibt, Frankreich französisch und auch Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben."

Zuvor war es offenbar ebenfalls Molau, der Hand an das Logo legte und der DVU den Untertitel „Die Neue Rechte" verpasste. Auch die Internetseite wurde überarbeitet und wird nun regelmäßig von einem Autor mit dem Kürzel „AM" aktualisiert. Für das Internet kündigte Molau gemeinsam mit DVU-Chef Faust in einem Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung" ein Web 2.0-Projekt an.

In seiner Bewerbung für das Amt des Bundesvorsitzenden der NPD versprach Molau ebenfalls, für den Fall seiner Wahl, sich schwerpunktmäßig auf neue Medien konzentrieren zu wollen. Da ihm das in den Reihen der NPD scheinbar verwehrt wurde, nutzt Molau nun offensichtlich die DVU als neue Spielwiese.

Ob sein Bemühen Erfolg hat, wird sich schon am 7. Juni zeigen. Dann sind die Europawahlen, zu denen die DVU aufgrund der Absprachen des Deutschlandpaktes alleine antritt.

Quelle: www.endstation-rechts.de ■